

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich, 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Rente Brauenerstr. 1/4,
und durch Postbestellung zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Bogen 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50,
post laut Post 2.50,
wo keine Post am Orte. Nr. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützung
betragt für die einjährige
Abnahme über 2000 Mark
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Berufungs- und
Beratungsbüro
15 Pfennige,
Kontingente 25 Pf.
Literatur für die Adressen-Kommission
müssen bis Samstag 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 97.

Breslau, Mittwoch, den 26. April 1911

22. Jahrgang.

Der Jahreskongress der französischen Sozialisten.

Unser Pariser Korrespondent schreibt: Der achte Jahreskongress der geeinigten französischen Partei, der vom 16. bis 19. April in St. Quentin tagte, wird nicht durch die Beschlässe selbst, die er fasste, denkwürdig bleiben, sondern durch die Art und Weise, wie er es tat, in der sich der feste Wille zur Einigkeit ebenso scharf ausprägte, als das Bewußtsein des unveröhnlichen Gegensatzes zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zum bürgerlichen Staat von heute. Die entschiedensten Gegner jeder Regierungsfreundschaft, jedes Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien, betonten, daß alle Ministerien gleich einschätzten und deshalb auch eine verschiedene Haltung der Sozialisten ihnen gegenüber für berechtigt hielten — die opportunistischen Reformisten unterstrichen den fundamentalen Gegensatz zwischen der sozialistischen Partei und dem bürgerlichen Staat aller Schattierungen. Die Auffassungen der praktischen Politik, wie sie im Laufe der viertägigen Debatten zum Ausdruck kamen, unterschieden sich nicht etwa dadurch, daß die einen den Prinzipien der systematischen Opposition jede reformatorische Tätigkeit sperren wollten, und die anderen den Prinzipien des systematischen Reformismus jede grundsätzliche Opposition, sondern dadurch, daß die einen den Wert der jetzt schon durchführbaren Reformen für die endgültige Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische geringer ansahen, als die anderen; daß die einen die Reformen nicht als Faktoren erkennen, die das Wesen des Entscheidungskampfes bestimmen könnten, während die anderen darin die Schatten der kommenden sozialistischen Gesellschaft sehen, daß die einen in den Reformen nur Mittel schaffen wollen, um der Arbeiterklasse das Leben und den Kampf zu erleichtern, während die anderen schon eine sozialistische Pflanze darin erblicken, die im bürgerlichen Staat von innen heraus zerfällt. Diese Auffassungsverschiedenheiten, die eigentlich nur gradueller Natur sind, ergeben in der Stellung zur praktischen Politik selbstverständlich Gegensätze, aber keine unüberbrückbaren. Die Ereignisse der letzten Jahre in Frankreich haben einem gewissen Plusionismus in der Partei ein Ende bereitet. Der stürmische, anhaltende Beifall, den die energische Erklärung Baillaunts gegen jeden Ministerialismus erhielt, ließ das klarer als je hervortreten.

Der Kongress hatte zwei Hauptfragen zu erledigen: die des „Municipalsozialismus“ und die der Beziehungen der Humanité zur Partei. In der Kommunalfrage schienen zuerst zwei Strömungen aufeinanderzutreffen zu wollen, von denen die eine das Schiffelein: „Es lebe der Municipalsozialismus“ und die andere das Schiffelein: „Es lebe der Sozialismus“ trug. Aber schließlich vereinigten sie sich in einem rechten Winkel, der durch eine Resolution von Baillant und ein Wortwort von Jaures zustande gebracht wurde. Es hatte sich mehr in Zwischenrufen als in großen Reden gezeigt, daß viele Delegierte die Municipalisierung der städtischen Dienste und Betriebe keineswegs zu wünschen schienen. Sie stimmten jedoch alle der Resolution Baillaunt zu, der darauf hingewiesen hatte, daß die proletarischen Genossen die Kommunalisierung der Betriebe an die Spitze der Forderung ihres Programms gestellt haben. Um jeden Zweifel über die Wertschätzung der kommunalpolitischen Tätigkeit und Reformen durch die Sozialisten auszuschließen, beantragt Jaures drei Vordersätze, die den Charakter der sozialistischen Partei scharf betonen und den kommunalpolitischen Kampf als Teil des Gesamtkampfes kennzeichnen. Dadurch, daß der Kongress für die Gemeindegewählten die gleichen taktischen Grundsätze vorschrieb, wie sie für die allgemeinen Wahlen gelten, zeigte sich ebenfalls, daß niemand in der kommunalpolitischen Tätigkeit die Quelle einer besonderen Art von Sozialismus schaffen will, wie es einige Redner befürchtet hatten.

Die Frage, wie die Beziehungen der „Humanité“ zur Partei geregelt werden sollen, hing weniger mit den verschiedenen Tendenzen zusammen, die im französischen Sozialismus vorhanden sind, als mit dem Wesen und der Geschichte der französischen Parteiorganisation. Die „Humanité“ ist von Jaures persönlich gegründet worden mit dem Geld, das er von seinen politischen Freunden geliehen erhielt, unter denen sich auch Nichtsozialisten befanden. Als 1908 das Defizit der „Humanité“ hunderttausend Franken überschritt, sodaß ihr Fortbestehen fast unmöglich erschien, erließ Jaures einen Appell an die Arbeiterschaft. War die sozialistische Partei finanziell noch zu schwach, um dem Blatt zu Hilfe zu kommen, so hatten doch genügend Arbeiterorganisationen und einzelne Sozialisten sozialer Opfermut, um der „Humanité“ durch den Kauf von 25 Franken-Aktien beizustehen. Die deutsche Partei sandte 20.000 Mark. Nach einem langen und harten Kampf gelang es der Geschäftsleitung, das Defizit wieder auszugleichen und der Geschäftsbericht von 1910 verzeichnet sogar einen Gewinn von 30.000 Franken. Offizielle Besitzer der „Humanité“ sind jedoch immer noch die Aktionäre. Durch den Rückkauf von Aktien in der Höhe von 53.000 Franken, die sich in den Händen eines Privatmannes befanden, ist die Partei zwar zum Hauptaktionär geworden, aber dem Wortlaut des Gesetzes nach ist es nicht der Partei-

vorstand, der über das Wohl und Wehe der „Humanité“ zu entscheiden hat, sondern die Generalversammlung der Aktionäre. Die Aktionäre haben bisher freiwillig auf die Ernennung des Verwaltungsrates verzichtet, der aus 19 Mitgliedern besteht, von denen 13 offizielle Delegierte des Parteivorstandes waren, die von der Generalversammlung der Aktionäre bestätigt wurden. In der nächsten Generalversammlung der Aktionäre sollen die Statuten dahin geändert werden, daß auch das Bestätigungsrecht abgeschafft wird, sodaß dann die Partei in jedem Sinne Herrin der „Humanité“ würde. Auch die Vertretung der Genossenschaften und der Gewerkschaften soll eine andere Regelung erfahren: bisher wurden deren Delegierte nicht von ihren Organisationen ernannt, sondern vom Verwaltungsrat der „Humanité“ zu sich gebeten. Die Stellung der Konföderation Generale du Travail (die jetzt ein eigenes Blatt „La Bataille“ ankündigt) machte es unmöglich, eine ernsthafte Vertretung der Syndikate zu erlangen. Der Kongress beschäftigte sich weniger mit diesen sehr komplizierten Fragen, als mit der Frage, wie die „Humanité“ geleitet werden soll. Gegenwärtig ist Jaures der verantwortliche Chefredakteur. Verschiedene Föderationen hatten beantragt, die Direktion einem Komitee zu übertragen, in dem die Genossen Guesde und Baillant dem Genossen Jaures zur Seite gestellt würden, um der „Humanité“ den Charakter eines persönlichen Organs von Jaures zu nehmen. Der ganze Kongress war jedoch schließlich der Ansicht, daß die Verwirklichung eines Antrages von Jaures, dem Verwaltungsrat auch die Eigenschaften eines Redaktionsrats zu geben, genügen würde, um auch nach außen hin der „Humanité“ den Stempel des offiziellen Parteiorgans zu geben, das unter fortgesetzter Kontrolle der Partei steht, dessen politischer Leiter alljährlich vom Nationalkongress bestätigt werden muß und dessen Verwaltungs- und Redaktionsrat ebenfalls vom Kongress gewählt wird. Die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, daß diese Frage den Kongress in zwei Lager spalten könnte, ist erfreulicherweise völlig aufhauen geworden. Ruhig, sachlich und freundschaftlich traf der Kongress einstimmig seine Entscheidungen. „Ich spreche nicht vom Turm irgend einer Tendenz, sondern vom Standpunkt der geeinigten Partei aus“, hatte Baillant unter dem stürmischen Beifall des ganzen Kongresses gerufen, „wenn noch so große Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Dingen zwischen uns sind, wir bleiben Kameraden dadurch, daß wir Sozialisten sind“, rief der Guesdist Compere-Morel. So nahm man vor allem den einen tiefen Eindruck vom Kongress mit: die Einigkeit ist für alle unantastbar geworden und die französische Partei wird in den schwierigen Zeiten, die bevorstehen, den richtigen Weg finden.

Politische Uebersicht. In der Trachenberger Ecke.

Im ganzen Wahlkreise des Herrn Heydenbrand war es bisher in der Gegend um die Kreisstadt Trachenberg am stillsten geblieben. Sozialdemokraten sind mit Versammlungen dort überhaupt noch nicht hingekommen und auch der Bauernbund mit seinem Kandidaten Schmidhals scheint ganz erhebliche Schwierigkeiten gehabt zu haben, ehe er mit seiner ersten Versammlung nach Trachenberg kam. Die Konservativen selbst hatten sich bemüht, ihren alten Besitz von vornherein gegen den abwesenden Feind zu verteidigen und eine wohl arrangierte Versammlung abzuhalten, die als großer Sieg in die Welt hinaustrumpet werden mußte. Umso interessanter ist es, den ersten ernsthaften Kampf der Parteien in der bisher unberührten Gegend des Wahlkreises zu beobachten, der am letzten Sonntag in Baums Gathhof in Trachenberg entbrannte. Die Sozialdemokratie hatte sich, wie überall wo es Redefreiheit gibt, mit einem Redner eingefunden und so waren alle im Wahlkreise konkurrierenden Parteien vertreten.

Etwa 400 Handwerker, Kleinbauern und Arbeiter hielten das Versammlungsfest am 7. Uhr Abends dicht gedrängt besetzt, als Herr Schmidhals in immerhin sympathischer Redeweise seine nationalliberalen, also etwas sehr hin- und hergehenden politischen Ansichten vortrug. Für Schwätze, aber gegen die Großgrundbesitzer, für Militär und Flotte, aber gegen Steuerbelastung, für Kaiser und Reich, aber auch fürs Volk, und was dergleichen politische Halbheiten mehr sind. Herr Schmidhals betonte wieder, daß er seit zehn Jahren selbständiger Landwirt sei, und daß die Landwirtschaft ihren Mann augenblicklich sehr gut ernähre. Wer behauptet, daß sie nur 3 Prozent Rente abwirft, der verstehe eben nicht zu wirtschaften. Die Steigerung der Reichspresse führte Herr Schmidhals merkwürdigerweise auch auf die erhöhten Arbeitslöhne zurück. Bei der Finanzreform, meinte Herr Schmidhals, habe man die großen Geldtaschen geschüttelt zum Schaden der Kleinbauern und Handwerker. Konservativen und Bund der Landwirte kämpften mit den unaußersten Mitteln. Alle höheren Stellen im Staat, in der Provinz und im Kreise, haben sie besetzt, sogar die Kreisräte, welche vom Staat subventioniert werden, werden zum Lamenten ihrer Politik benützt. Als er die Redebühne der Schnapsbrenner treffend beendete, verteilten einige anwesende Schnapsbrenner in Buntkrämpfe. Sie glaubten wahrlich, sie sind im Ruhfall. Der Vorsitzende mußte diesen Anhängern von Heydenbrand klar machen, daß sie sich hier in anständiger Gesellschaft befinden. Die nun folgende Diskussion war ein Ereignis für Trachenberg. So etwas hatte man dort noch nicht erlebt. Fünf Redner wählten sich zum Wort. Das benötigte Herr Schmidhals zur Bestätigung der Redefreiheit auf 15 Minuten, wobei er eine gewisse Komikität verriet. Da

mühten ihm empfehlen, das nicht zur allgemeinen Praxis werden zu lassen, seiner Sache kann er dadurch nicht dienen. Als erster Redner kam ein Herr Klette, deutsch-konserverativer Parteisekretär, leit acht Tagen aus Thüringen importiert, zu Worte. Wahrscheinlich ist dieser Herr dauernd zum Schutze der Konserverarbeiten im Kreise nationalisiert. Er behauptete die Redefreiheitsbeschränkung und verbrachte, in seinen Versammlungen könne jeder Gegner unbeschränkt reden! (Warten!) Bei seiner Verteidigung der Redebühne und der Streichholzsteuer ließ er auf stürmischen Widerspruch. Herr Schneidermeister Kitzsche sprach unter starkem Beifall für Schmidhals. Dann kam ein Herr Hoffmann zum Wort. Dieser bemerkte gleich, daß er ein unbezahlter Redner sei. Die Konservativen mußten auch Geißeln sein, wenn sie ein solches Verbrechen begehen würden. Als er nicht mehr weiter konnte, brachte er ein Hoch auf Heydenbrand aus, mit dem er allerdings glänzend hinfuhr. Denn obwohl sich die zwei Duzend Agrarier Mühe gaben, für 300 Krach zu machen, so wurden sie doch von der übergroßen Mehrheit der Versammlung stürmisch ausgelacht. Dann kam Genosse Seibold als sozialdemokratischer Redner zum Wort — für Trachenberg eine Neuheit, um so aufmerksamer wurden seine Ausführungen angehört. Er legte gleich im Anfang den konservativen Redner auf sein Verbrechen bezüglich der Redefreiheit fest und setzte dann den abweichenden Standpunkt der Sozialdemokratie zur Sozialpolitik aus. Wie wenig die „starke Flotte“ für Handel und Industrie nötig ist, beweihe die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Belgiens vor der großen Flottenrüstung. Darunter leidet nur die Sozialpolitik, der durch den Militarismus die Mittel entzogen werden. Und diesem Militarismus gegenüber seien auch die Liberalen höchst unzuverlässig; nur die Sozialdemokratie als wahre Volkspartei nimmt die Interessen der minderbemittelten Schichten wahr. Dann aber sei es auch notwendig, den Staatsrechtler Heydenbrand zu führen, der die Unzufriedenheit des Volkes mit Regierungsgewalten erlösen will. Genosse Seibold schloß mit der Ermahnung an seine Zuhörer, sich näher mit den Zielen der Sozialdemokratie vertraut zu machen und fand stürmischen Beifall, trotzdem die Anwesenden zum ersten Male einen sozialdemokratischen Redner hörten.

Neben Herrn Barth aus Breslau, der den Bund der Landwirte verteidigte und ihn als den besten Schutz gegen Paul- und Klauensteuer empfahl, sprach noch Herr Gräupner und der Referent das Schlusswort.

Bis um 11^{3/4} Uhr Abends hielten die Zuhörer aus. Auch die Trachenberger Ecke des Wahlkreises fängt an unruhiger zu werden. Das Volk beginnt seine Unterdrücker zu erkennen!

Die Landtagswahl in Berlin.

Die gestrigen Wahlmännerwahlen für die Ersatzwahl im vierten Berliner Landtagswahlkreise haben zu neuen Erfolgen der Sozialdemokratie geführt, unsere Partei nahm den Freisinnigen 21 Wahlmänner der zweiten Abteilung ab. Ueber die Wahlen in der dritten Abteilung, die bis Abends 9 Uhr dauerten, liegen noch keine Zahlen vor. Die Morgenblätter berichten nur über den Ausfall in den beiden oberen Abteilungen:

Im 4. Berliner Landtagswahlkreise gingen am gestrigen Montag die Wahlen der 378 für ungültig erklärten Wahlmänner vorstatten. Davon entfielen 110 Wahlmänner auf die dritte, 127 auf die zweite und 141 auf die erste Abteilung. In der zweiten Abteilung sind von den 127 Wahlmännern 96 fortschrittliche gewählt worden. Die Fortschrittliche Volkspartei hat in dieser Abteilung an die Sozialdemokratie 21 Wahlmänner verloren. In der ersten Abteilung gehörten sämtlich 139 Wahlmänner der fortschrittlichen Volkspartei an, jedoch in beiden Abteilungen zusammen 235 fortschrittliche Wahlmänner gewählt worden sind. Dazu kommen die alten Wahlmänner der ersten Abteilung mit 23, der zweiten mit 16 und der dritten mit 16, jedoch die Fortschrittliche Volkspartei, selbst wenn die dritte Abteilung voll für verloren gerechnet wird, über 274 Wahlmänner verfügt.

Die Gewinne der Sozialdemokratie werden also nicht ganz hinreichen, um den Kreis zu erobern. Aber sie zeigen doch, daß die Eroberung auch dieses Kreises in der Zukunft nicht ganz ausgeschlossen ist.

Wahlangst. Die Beteiligung der Nationalliberalen an den terroristischen Plänen zur Durchpeitschung der Reichsversicherungsunordnung wird von der „Kreuzzeitung“ als der erste Versuch gefeiert, „die auch von den Nationalliberalen jetzt so schmerzlich empfundene Verbitterung der bürgerlichen Parteien“ leichter zu beseitigen. Daraus schöpft das Junkerblatt weiter noch die Hoffnung, daß die Nationalliberalen sich auch für den Plan gewinnen lassen werden, den Etat für 1912 noch von dem Blockiertage erlöbigen zu lassen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Nicht minder aber, sollten wir meinen, wird es auch einer Mittelpartei wohl anstehen, wenn sie alles daran setzt, um noch vor den Wahlen den Etat für das kommende Jahr verabschieden zu helfen. Es ist uns nur vom Standpunkt der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer verständlich, wenn dem Wünsche, diesen Reichstag noch den Etat erlöbigen zu lassen, widersprochen wird. Glaubt denn irgend ein Gegner der Finanzreformmehrheit, daß der Etat anders ausfallen wird, wenn er dem neuen Reichstage vorgelegt wird, oder daß sich dann eine Möglichkeit bieten könnte, die vielgeliebte Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Witwen und Waisen einzuführen, die Lantemenschere aber abzuschaffen? Für abgehende Zeit kann die Regierung nicht die Hand zu neuen Steuerexperimenten bieten. Und wenn sie es wollte, welche Partei könnte es wagen, die tatsächlich bei allen leibhaften Leuten so überaus unpopuläre Witwen- und Waisensteuer durchzusetzen? Das verlangen dauch — man sei doch nicht so heuchel, es nicht schweigend einzugehen — aber nicht anders als ein parteilichtiger Zeit zur Redebühne des Agrarier. An und für sich ist diese Steuer minderbemittelt, ebenso drückend, wie jede andere direkte Steuer, und wer sie

Seine Not einführen will, macht sich Feinde. Da es sich also im Jahre 1912 unter keinen Umständen um eine Befreiung der Finanzreform handeln kann, wird man auch vom Standpunkt einer Mittelpartei nicht bestreiten dürfen, daß es im Reichsinteresse liegt, wenn es möglich wäre, den Etat vor den Wahlen zu verabschieden. Ob die Regierung selber großen Wert darauf legt, wissen wir nicht; es wird behauptet und wir finden es begründlich; ebenso begründlich würden wir es im andern Falle finden, wenn die notwendigen Proteste der Sozialdemokratie und ihrer Parteiführer die Regierung erst darauf brächten, daß der Gedanke gut und empfehlenswert sei.

Nach der Wiedergabe eines Zitats aus der „Frankfurter Zeitung“, die scharf gegen den Versuch protestiert, den kommenden Reichstag um das ihm auf natürlichem Wege zustehende Recht der Vereinbarung des neuen Etats zu berauben“, höflich das Junkerblatt:

„Wie sicher ist das demokratische Blatt, im nächsten Reichstage eine Mehrheit der Linken erscheinen zu lassen? Wenn wir dessen ebenso sicher wären, würden wir raten, so schnell wie möglich Neuwahlen vorzunehmen zu lassen. Denn daß eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen einen Reichstag erledigen kann, der dem Bundesrat annahmefähig erscheint, ist ausgeschlossen, und einen Konflikt, wenn er einmal unvermeidlich ist, soll man nicht hinauszuwürgen, sondern beschleunigen. Aber im allgemeinen nimmt man doch auf der Linken an, daß bei den nächsten Wahlen die Finanzreformmehrheit „noch nicht“ beseitigt werden kann.“

Die „Kreuzzeitung“ scheint sich des Erfolges ihrer ungestümen Werbung bei den Nationalliberalen ziemlich sicher zu sein, trotz aller Wahlhindernisse, die zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler abgeschlossen werden. Und sie trifft auch durchaus das Richtige, wenn sie den gemeinsamen Verrat der Arbeiterinteressen bei Durchsetzung der Versicherungsgesetzgebung als feilen bindenden Kitt betrachtet. Die gemeinsame Schuld überbrückt alle Differenzen, wie ja auch der schmachtvolle Steueranspruch ein schier unzerstörbares Band um protestantische Junker und ultramontane Volksbetrüger gewoben hat. Der Regierung gegenüber bedarf es garnicht des anmaßenden Tones des Hebelbrands-Organs, sie wird sich beeilen, die Wünsche der Junker zu erfüllen und was an ihr liegt, hat sie auch bisher die Verbearbeitung um die Nationalliberalen eifrig unterstützt.

Das neue Zuchthausgesetz.

Nach der Mitteilung eines mecklenburgischen Blattes in der Kommission zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches eine „Denkschrift über Ausweisungen bei Lohnkämpfen“, zur Herbeiführung einer Verschärfung der Strafen gegen den Terrorismus zugegangen. Ueber den Inhalt dieser Denkschrift werden nähere Angaben nicht gemacht. Daß die Nachricht des mecklenburgischen Blattes den Tatsachen entspricht, ist kaum zu bezweifeln, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Reichstag im November v. J. im Reichstag ausdrücklich betont hat, daß für einen größeren Schutz der Arbeitswilligen gesorgt werden müsse. In dieselbe Sache hat überdies der preussische Polizeiminister u. Dallwig am 8. April in einer Sitzung des Herrenhauses geschlagen, als er ausdrücklich erklärte:

„Nebenfalls wird es meines Dafürhaltens nicht zu umgehen sein, daß bei der Revision des Strafgesetzbuches auch diese Frage geprüft und die Materie, wenn möglich, besser geregelt wird, als es bisher der Fall ist.“

Daß die Regierung das Material geheimhält, läßt den Schluss zu, daß sie selber nicht auf die Beweiskraft dieses Materials besonders baut. Wir erinnern dabei an das Material, das dazu beizubringen mußte, die seiner Zeit verscharrte Zuchthausvorlage zu begründen. Die meisten Fälle waren so maßlos übertrieben, daß es eine Schickung war,

sie auf das richtige Maß zurückzuführen zu können. Die neueste Vorlage an die Strafrechtskommission ist offenbar von langer Hand vorbereitet. Schon vor etwa 3 Jahren wurde bekannt, daß die Volksbedürden angewiesen worden sind, über jeden Straftat und seine Begleiterscheinungen, insbesondere über angeleglichen Terrorismus der Straftenden, an eine Zentralstelle zu berichten. Die Denkschrift, die der Kommission zugegangen ist, stellt jedenfalls ein Sammelverium volkreicher Opfer dar. Das Mindeste, was man von einer Regierung, die noch einigermaßen als vernünftig gelten will, verlangen kann, wäre das, daß solches Material erst der Öffentlichkeit bekannt gegeben würde, ehe es in arbeiterfeindlichem Sinne fruchtlos gemacht werden soll. Allem Anschein nach ist aber das Material so, daß es einer öffentlichen Kritik nicht standhalten würde und die Regierung rechnet damit, daß, wenn erst einmal ausnahmsweise Bestimmungen in das neue Strafgesetzbuch hineingebracht sind, es außerordentlich schwer fällt, sie bei parlamentarischer Beratung wieder herauszubringen. Dadurch gewinnt der gesamte Ueberfall auf die Arbeiterklasse ganz wesentlich an Positivität und Material. Unter allen Umständen muß von der Regierung verlangt werden, daß sie, nachdem ihre Methode an das Licht der Öffentlichkeit gezogen wird, auch ihr Material der Öffentlichkeit unterbreitet.

Vom preussischen Gefängniswesen.

Nach dem Jahresberichte über die der Verwaltung des preussischen Ministeriums des Innern unterliegenden Gefängnisanstalten (vom 1. April 1909 bis 31. März 1910), hat sich die Kurve der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen mit geringen Unterbrechungen seit dem Beginn der Reichstriminalstatistik (1882), wenn auch nicht absolut, so doch relativ stetig gehoben: von 759,1 (1882) auf 602,2 (1908), also um 20,7, das heißt zu viel Verurteilte, wie angegeben, auf 100.000 Personen der strafmündigen über 12 Jahre alten Zivilbevölkerung. Auch absolut ist die Inhaftenzahl der Gefängnisse gefallen: von 278,448 im Jahre 1902 auf 266,271 im Jahre 1908. Der Bericht läßt die Frage offen, ob die Neigung zu verbrecherischen Handlungen in der Bevölkerung abgenommen habe, oder ob die Richter bei Bemessung des Strafmaßes eine milde Praxis walten lassen; vielleicht wirkten beide Umstände zusammen.

Geklagt wird über die „offenkundige zu milde Beurteilung“ der Straftaten Rückfälliger. Mit besonderem Nachdruck wird auf das jährliche Anwachsen der geistig Minderwertigen hingewiesen, deren stetige Zunahme eine unheilvolle Gefahr für die Gesellschaft bildet:

„Die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß unser heutiges Strafrechtssystem, wie es sich hauptsächlich in den Strafgesetzen und den Strafvorschriften einer großen Zahl von Menschen angeborene oder erworbene geistige Defekte mit auf den Lebensweg gibt, sodas der Einzelne, weil ihm der sittliche Halt mangelt oder verloren gegangen ist, der Verführung zum Rechtsbruch leichter unterliegt.“

Das Jugenddelikt, das zwischen Verbrechen und wirtschaftlichen Verhältnissen ein enger Zusammenhang besteht, überrascht in dem amtlichen Berichte. Die Tatsache selbst ist natürlich keinem Beobachter des sozialen Lebens fremd.

Auch auf den inneren Zusammenhang von Alkohol und Verbrechen wird hingewiesen: Im Berichtsjahre waren unter den neu eingelieferten männlichen Gefangenen 599 Gewohnheitsstrinker und 1030 haben ihre Straftat in trunkenem Zustande ausgeführt.

Der Gesundheitszustand in den Anstalten wird als „unter gerührt. Ansteckende Krankheiten seien ausfallen. Wie unter der freien Bevölkerung steht die Tuberkulose als Todesursache in den Gefängnissen an erster Stelle. Für entgegenzuwirken, wird in den Anstalten die größte Sorgfalt eingebracht. Wichtig ist, daß unter den Gefangenen die Tuberkulose als Krankheitserscheinung eine größere Rolle spielt als unter der freien Bevölkerung. Dies hat aber nicht seinen Grund in dem Aufenthalt in den Anstalten, vielmehr ist die Krankheitsanlage von dem davor Befallenen mit in die Anstalt gebracht worden. Die Krankheit war aber auch hier, wie beim Alkohol, die Arbeitskraft des Erkrankten herabgesetzt und ihn minderwertiger gemacht hat; damit ist der Anreiz zu Eigentumsverbrechen gegeben. Die Tuberkulose erhöht die Verwerflichkeit, damit ist der Anlaß gegeben zur Verletzung gegen die staatliche Ordnung; sie steigert den Geschlechtstrieb, das ist die Ursache zu Verbrechen gegen die Sittlichkeit.“

Mit seinen Ausführungen über die Tuberkulose in Gefängnissen gibt der Bericht von neuem zu, daß hilflos Opfer der sozialen Verhältnisse auf die Bahn des Verbrechens gepeitscht werden und dem Gefängnis verfallen. Die Verantwortung für solche Opfer trifft die Gesellschaft, die unfähig ist, soziale Krankheiten und Schäden zu heilen.

Die letzten Aufgaben des Reichstages. Die „Kölnische Volkszeitung“ behauptet in ihrer Ausgabe vom Montag, daß über die Frage des Endes des heutigen Reichstages und über die Neuwahlen an den maßgebenden Stellen noch gar kein Entschluß gefaßt worden sei. Das Blatt schreibt:

„Beschlossene und bekannte Sache ist es nur, daß der Reichstag vor seiner Vertagung jetzt zunächst die elias-lothringische Verfassungsvorlage und die Reichsverfassungsvorlage als Zusatzarbeiten erledigen soll. Gelingt dies, dann wird der Reichstag sich zu einer Herbstsession vertagen können, für die ihm ja noch die Strafprozessreform genügend zu schaffen machen wird. Nicht dahinter die Vorlage betreffend die Privat-Verantwortung. Ob sie noch erledigt werden kann wird ganz davon abhängen, wie viel, oder besser wie wenig die stille Obstruktion und Opposition zum Fenster hinausredet.“

Dann heißt es weiter, daß es wohl möglich sei, der Etat für 1912 zu erledigen, der zu den besten Etats zählen werde, die seit längerer Zeit dem Reichstage vorgelegen haben. Die Regierung würde frühzeitig genug des neuen Etat dem jetzigen Reichstage zugehen lassen, wenn er ihn auch nicht mehr durchberaten und erledigen könne vor seinem natürlichen Ende. Nur wenn die Konservativen etwa das Scheitern des Verfassungsgesetzes und einen Kanzlerwechsel erzwingen wollten, könnte dies schließlich den Grund zu einer plötzlichen Auflösung des Reichstags und zu Sommerwahlen abgeben. Hier wäre die Regierung stark genug engagiert.

Dringliche Erhebungen... Vom preussischen Kultusminister sind dringliche Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der Jugendpflege angeordnet. Es sollte dabei die Zahl der männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren festgestellt und ferner ermittelt werden, wieviel Jugendliche einen Unterricht an Fortbildungsschulen usw. haben und wie viele Jugendvereine kirchlichen Vereinen, nationalen Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen oder anderen, im vaterländischen Sinne geleiteten Vereinigungen angehören. Weiter erstrecken sich die Erhebungen auch auf die Jugendheime.

Der Sohn.

Erzählung von den Stockholmer Schären von Gustav Fanson.

11) (Nachdruck verboten.)
Vater und Sohn machten sich auf den Weg. Beide schwiegen, bis sie von fern das Boot erblickten. Da sagte Waldemar:
„Ich bekomme nun so viel zu tun, daß es wohl Winter wird, bis ich heimkomme. Der Vater wich seinem Blick aus und sah zur Seite. „Du triffst wieder hier.“
Waldemar hatte das erwartet. Seine Augen wanderten unruhig, und er sagte endlich mit abnormen Gründen:
„Man soll allen Kindern nicht das Eisen lehren.“
„Es fällt mir auch nicht ein, das zu versuchen. Aber so viel sollst Du wissen: rühre Du die Alte mit einem Finger an, dann komme ich, wenn auch noch so viel im Wege ist. Und dann komm Dir's selbst ergeben!“
Waldemar stand da wie ein beglückter Fabel. Einen Augenblick meinte er eine beleidigte Miene aufzusetzen, gab es aber wieder auf und versuchte den Sohn zu beschauen, indem er ihn als selbsteigenen betrachtete.
„Das ist nicht anders, heißt Du. Und Du bist noch jung, heißt Du nicht hart sein gegen mich.“
Waldemar überhörte die Antwort und fuhr fort:
„Ich habe so viel zu tun, daß ich nicht noch für Euch sorgen kann... Ihr dürft mir nicht alles aufpassen, heißt Du! Sei nur gut gegen die Alte und... ja, ja...“
Er ergriff den Vater am Arm und zog ihn mit sich an sich heran. Angezogen gegen Angezogen begann er gebetend, daß mit liebesthemmen Eifer:
„Der Ingenieur und ich, wir arbeiten an einer Maschine. Erzähle ich dir nicht von dem Ingenieur? Also nicht. Ne, er ist in seiner Art brav, das heißt sehr. Aber der Sohn war nicht. Er bildet sich ein, daß ich nichts verstehe, dann wollen er mich zum Schlingensiefel machen. Ich bin kein Kind, der Vater ist ein alter Arbeiter. Aber ich werde ihm die Augen öffnen. Ich habe ich nur gesehen: kommt ich's nur, dann klopfe ich ihn halb zu Tode, aber du bist der Vater. Hier können wir die Maschine... dabei ist er ja so die Einnahme... und vergesse ich sie nicht, verlaß dich darauf! Ich man hat Anfang an dabei gesehen, dann müßte es doch ganz verstanden gehen, wenn man's nicht sollte zusammenhängen können. Aber das ist nicht in die Richtung, wenn ich...“
In der Konversation ist ein Fehler, weißt Du. Du hast keine Ahnung, daß der Ingenieur an einer oder zwei Stellen Reparaturen gemacht hat. Wir hätten uns besprochen darüber, aber er sagt: daß, was verfehlt in ihm hat. Verfehlt? Er denkt, ich habe nichts gelernt, und dabei ist er...“
Waldemar sah, daß er eine Menge Bücher dabei hat. Wie oft hast du gelesen? Er gehört wohl mehr dazu! — Ja, man kann das Best, nicht!
Er ließ den Vater los, sah ein paar Schritte auf die Straße zu, schaute aber gleich wieder um und schaute mit schmerzlichen Blicken: „Ich möchte mich eines Abends hinsetzen, wenn niemand da ist, und lese den Kram aus. Und wenn ich dann die ganze Nacht lese, ist es eine tolle Sache. Die Konversation hat einen Fehler, und am nächsten Morgen muß der Ingenieur zu Strafe kriechen. Studieren — ja, das wird ich schon, aber damit ist's nicht genug. Ja, nun muß ich fort, adieu und große Mutter!“
Verdacht hatte Waldemar dem Sohn nach. Er konnte ihn nicht wieder, auch abtete er durch eine Gefahr, aber er kam nicht dazu, ihn zu warnen. Uebrigens sollte auch die Zeit dazu, denn das Schiff geht bereits nach Nord. Waldemar schaute sich über den Redaktionsstapel, an dem ihn Waldemar kampfhaft festgehalten hatte.
„Gott sei ja“, sagte er hilflos, es lang wie ein Schluchzen.
Waldemar wandte er sich und ging langsam heim.
Am folgenden Sonntag fand Vater Waldemar an der Postkassette, aber Waldemar betradt sich nicht unter den Postkassette und leidend ging sie nach Hause.
Der Herr macht sich wohl nichts draus, zu kommen, heißt er klingelnd die alte Bedienten, als sie vorüberkam.
„Denn es das wäre, aber was er alles zu tun hat!“
Damit richtete Vater Waldemar ihre zusammengefallene Gestalt auf und ging würdig weiter.
Den nächsten Sonntag und viele danach fand sie auf der Straße und machte gepörrt alle, die bei Waldemar ausliegen. Waldemar war nicht darunter, und schließlich fragte sie den Stenographen, ob er nicht kürzlich den Sohn gesehen habe. Vielleicht hat er Grüße geschickt? Er versprach so sehr wenigstens zu schicken, und...
Ein Brief, ja, dessen contents sich der Stenograph, war in diesen Tagen unter den Zeitungen gewesen, die er abgelesen hatte.
Waldemar stand bereits an der kleinen Türe, in die die Postkassette nach Waldemar gelangt war. Ganz zu seinem Leidwesen fand er einen Brief, der dort schon lange gelegen haben mußte, denn er war noch Regen der letzten Zeit durchdrungen und beschimmert. Waldemar schaute sich um, wie einer nach dem anderen den Brief herausgenommen, die Aufschrift gelesen und ihn wieder hineingeworfen hatte. Waldemar mußte bereits, daß ein Brief an Waldemar in der Türe lag, aber nicht einer, der eine Hilfe davon erwartete. Das kommt davon, wenn man in den Briefkasten mit dem Schlüssel geht. Waldemar war erst Waldemar in beständiger und rechte immer über die Unmöglichkeit der Angelegenheit? Im Grunde wie im Kleinen rüchsten sie sich selbst mit allem, jedem Umwille, der sie eine Gelegenheit darbieten lieh, sich zu rächen. Und wie sie sich nach Waldemar schauten! So ging es, wenn man einen Brief... Waldemar war nicht auf dem Weg zu kriechen — das hat ein Ingenieur gesagt. Sobald sie nach Hause kam, wollte sie es Waldemar Waldemar lesen. Der sich hinsetzte und mit einem Kopfschütteln sie ihre Schritte.
Waldemar empfing den Brief mit würdevoller Ehrfurcht. Der dem geschriebenen oder geschriebenen Wort besaß er sich nicht. Unmöglich sollte er die Briefe parat und begann schweigend zu lesen.
„Der Waldemar! — Du, das hat Waldemar nicht geschrieben, ich habe es nicht geschrieben, das die Einnahme zu sein war.“
„Ne, aber ich lies dich.“
„Ja, mich ist's, Waldemar's Schicksal... von Waldemar...“
„Nicht recht!“ Die Frau hatte jedes Interesse an Briefen

verloren, wenn er nicht von Waldemar kam; deshalb erhob sie sich und ging hinaus.
Waldemar kam Waldemar zu ihr in die Küche.
„Herrgott, hier steht was von Waldemar“, kam es ihm in den Atem. „Der Junge...“
„Mein Gott...“ er brach in Tränen aus und schluchzte wie ein Kind.
„Nicht, Mensch, was ist denn?“
„Hier steht's — Waldemar ist tot! Die Maschine...“
Mutter Waldemar war auf einen Stuhl gesunken und barg das Gesicht in der Schürze.
Am folgenden Morgen fuhren die Ehegatten zur Stadt. Mit unendlicher Mühe fanden sie sich nach Kungsholm*) nachdem sie sich in den geräuschvollen Straßen verirrt hatten, erreichten sie schließlich nach vielem Hin- und Herfragen die Werkstatt, in der Waldemar gearbeitet hatte. Der Vorarbeiter verweigerte ihnen den Eintritt, erhielt aber aus Waldemars konfuser Erklärung den Eindruck, daß die Besucher Verwandte eines der Ingenieure seien. Fünf Minuten später fanden sie in einem Raum, in dem sie ein junger Mann empfing. Neugierig betrachtete Waldemar die großen Papierrollen ringsherum und der Wunsch, einen so großen, geräumigen Arbeitsplatz zu besitzen, fuhr ihm durch den Sinn. Inzwischen nannte er seinen Namen und murmelte unbedeutlich etwas von dem Sohne.
„Warum kommen Sie erst jetzt?“ lautet die Antwort.
„Da ist leider nichts zu machen.“ Der Ingenieur, in seinem Berechnungen unterbrochen und genötigt, sich mit einer unangenehmen Angelegenheit, die er bereits wieder begreifen hatte, zu beschäftigen, verdrang kaum seinen Unmut über den Besuch. Aber gleich darauf bereute er seine Unfreundlichkeit und fuhr fort: „Da niemand von sich hören ließ, so... Wir glauben natürlich, er hätte keine Verwandten, obwohl er ein- oder zweimal seine Eltern erwähnt hatte. Die Adresse stand richtig in seinem Notizbuch, als wir ihn fanden, und... Ja, ein tüchtiger Junge war es, und wäre er am Leben geblieben, würde etwas Ordentliches aus ihm geworden sein. Sein Unglück war seine Neugierde; in alles mühte er seine Nase stecken. Ja, nun läßt sich's nicht mehr ändern.“
Waldemar sah dem Berichtshalter treuhuldig ins Gesicht, während die Frau still weinte. Der Ingenieur, ungebildet erwartend, daß die Besucher sich eifrigeren mühten, bräute nichts an seinem Besuchsring. Er merkte, daß sie auf eine Fortsetzung warteten, und setzte etwas überfüllt seine Erzählung fort:
„Natürlich wollen Sie wissen, wie es zuging. Ja — er half mir bei einer Versuchsmaschine, die ich konstruierte. Am Dienstag wollte ich sie in Gang setzen, um zu sehen, wie sie arbeitete. Montag Abend bleibt der Junge in der Werkstatt. Ich dachte, er wollte etwas in Ordnung bringen. Statt dessen setzte der Lärm die Maschine in Bewegung — ganz allein, und dazu eine neue, ungeprüfte Maschine, mit der ich selbst nicht ohne die größte Vorsicht zu experimentieren wagte. Ein Regen war es, der gute Waldemar, und daher ging's so, wie es ging.“
Hier hielt der Ingenieur inne und blickte fragend die beiden Mütter an. Waldemars Augen starrten unbeweglich an sich heran und die Frau meinte unangenehm.
(Folgt...)

*) Ein Stadtteil im Norden Stockholms.

Ein spanischer Herr. Der unpolitische „Niederländische Schutzverband für Handel und Gewerbe“ in Dolmünden, dem größten Orte des B. braunschweigischen Wahlkreises, hat den genialen Plan, der politischen Not des Vaterlandes durch eine „Arbeiterkandidatur“ entgegenzuwirken. In einer Versammlung, die von etwa 400 Leuten besucht war, und in der der Verbandsdirektor Liebal-Braunschweig zwei Stunden lang über die Not des Mittelstandes sprach, wurde der Herrschaften der Goldarbeiter Bieler-Stadtdorfer als Kandidat des Verbandes vorgeschlagen. Viel hat er sich um die Vergangenheit: er war in Südwest-Feldweibel der Schutztruppe. Der baumlange, glockenförmige, wie er dazu gekommen sei, sich als Kandidat zu stellen zu lassen. Da er doch in seinem Geschäft nicht zu tun hätte (er versteht nicht viel von der Goldarbeiter eine Pension), so könnte seine Frau das selbe in seiner Abwesenheit versehen. Ein politisches Programm habe er nicht, er würde sich in Berlin die Sache erst einmal ansehen, und sich dann entscheiden, wie und mit welcher Partei er abstimmen würde. Seine Parole sei: Mit Gott, für König, Mittelstand und Christentum. Wenn ihn jemand im Wahlkampf anrufen sollte, würde er sich nie darauf einlassen, ihm Hede und Antwort zu stehen. Die Männer am Vorstandstisch, vor allem den „Verbandsdirektor“ Liebal, überließ es kalt und warm. Die Versammlungsbesucher hörten sich die „Kandidaturrede“ des südwestafrikanischen Feldweibels a. D. ruhig an und gingen schweigend ihrer Wege.

Ueber das Disziplinarverfahren gegen Priester Ratho erzählt die Angeklagte selbst dem Kölner Vertreter des „D. Z.“ von der Verhandlung vor dem Spruchkollegium folgendes: Es müsse die Entscheidung fallen, ob er Prediger der Gemeinde bleibe oder nicht. Er könne aber das Spruchkollegium nicht als Institution anerkennen, die sich mit dem Prinzip des evangelischen Glaubens vereinbaren lasse. In seiner Gemeinde gegenüber fühle er sich als evangelischer Prediger verantwortlich. Er wolle auch die Entscheidung ausfallen lassen, jedenfalls würde er einen Massenaustritt aus der Kirche, soweit es in seinen Kräften liege, verhindern, denn das hieße der Orthodoxie das Feld räumen. Der Wahlzettel bei den Repräsentantenwahlen dieser von den Liberalen nicht geopfert werden. Der Wahlzettel sei das einzige Mittel der Gemeindeglieder, ihre Gesinnung zur Geltung zu bringen. Etwa 70 Prozent der evangelischen Bevölkerung Köln dürften er als auf seiner Seite stehend betrachten; aber seine Predigten würden auch von Katholiken und Juden gehört. Er dürfte also sagen, daß er das Sprachrohr vieler sei. Fern liege es ihm, seine Remuneration unter den orthodoxen Amtsbrüdern zu suchen, die eine dahingehende Erklärung abgegeben hätten.

Roble Ocean. Der „Welt am Montag“ wird von einem Leser ein Märchen zugeschickt, das auf der Berliner Reiseausstellung verteilt wird und augenscheinlich aus einer stinkenden Kiste stammt. Es nennt sich „Deutscher Bürger“ und erzählt den deutschen Bürgern nicht nur erbärmliche Dinge über Kräfte, Wetterföhnen“ und Synthesen, sondern auch — über den Fall Herrmann. Dem deutschen Bürger wird ein Bild des von unheimlichen Mordern Getöteten vorgeführt und in einem begleitenden Artikel heißt es dann:

„Im Herbst vorigen Jahres versuchten bekanntlich die Sozialdemokraten, in Mosabit den Zukunftsstaat zu errichten.“ „Auf der Straße wurde dem Herrmann, der zu müde und zu alt war, um reich genug zu entstehen, von einem Schuhmann der Schädel buchstäblich gepalmt. Vielleicht hatte ein roter Spindel die Polizei gegen den alten Mann aufgehegt. Herrmann war nämlich unorganisiert und hielt sich von der sozialdemokratischen Partei fern.“ „Die Herrmannschen Hinterlieben wunderten sich, daß der sozialdemokratische Parteivorstand jene 2000 Mk., die er für die Ermittelung des schuldigen Schuhmannes ausgesetzt hat, nicht lieber der Familie Herrmann zukommen ließ. Ganz unberechtigt ist dieser Gedanke nicht. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Sozialdemokratie an dem Tode Herrmanns schuldiger ist als die Polizei.“

Der schmutzige Wisch f. unzeichnet durch seine schamlose und niedrige Frechheit deutlich genug seinen Ursprung.

Wie du mir, so ich dir, denkt der Herzogregent von Braunschweig. In der Vorstandssitzung des Alldeutschen Verbandes wurde bekannt, daß der Herzogregent von Braunschweig seinen Austritt aus dem Verbandsverbande erklärt hat, weil aus dem Bundesrat in Schandau bei Erörterung der Welfenfrage gewisse politische Maßnahmen des Herzogs Johann Albert genehmigt worden waren.

Ausland.

Die Raubwirtschaft in Nordafrika.

Die kapitalistische Ausbeutung zeigt sich am rücksichtslosesten in den Kolonialgebieten, deren Bevölkerung zumeist minder widerstandsfähig ist als die europäische, dazu noch durch die despotische Regierungsform, die oft zum Kriegszustand wird, aller Bürgerrechte beraubter Staaten herab ist. Mit Hilfe der eingeborenen Obrigkeit richtet der Eroberer ein Verwaltungssystem ein, das sich dem überliefernten orientalischen Despotismus anpaßt, aber durch die Dauer und Planmäßigkeit der Ausbeutung von ihm unterscheidet. Müssen die Bewohner vorher nur ihre einheimischen Herren von ihrem Arbeitsertrag füttern, so kommen zu diesen die neuen Beamten und Soldaten der „kolonisierenden“ Macht hinzu, vor allem aber die kapitalistischen Spekulanten, die oft die Landesbesitzer ihres Besitztums berauben. Wie sich das in der nurreicheren fast dreißigjährigen Dauer des französischen „Protectorates“ über Tunis, das östlich an Alger angeschlossen, 167.000 Quadratkilometer mit nahezu 2 Millionen Einwohnern umfassende Gebiet der afrikanischen Nordküste, gestaltet hat, berichtet der frühere sozialistisch-radikale Abgeordnete Vigne-D'Octon auf Grund eingehender Untersuchungen in einem Buche, dessen Auszüge hier die Herweise Quere Socialis abgedruckt hat.

Das eine Ausbeutungsmittel ist die Kopfsteuer: eine in Höhe von 21 Mark von jedem Bewohner, ob reich oder arm, erhoben wird. Nur 5 Städte, gerade der wohlhabendste Teil, darunter Stadt Tunis, ist von dieser Steuer, die über 6 Millionen Mark bringt, befreit. Dazu kommen weitere Auflagen, die i. D. fast 21 Millionen Mark ergeben. Die Einbeziehung erfolgt durch die einheimischen Obrigkeit, die natürlich dabei reichlich für sich selbst sorgen. So kommt es, daß die Posten der Aghas, Scheiks, Radis usw. von den Vertretern der Regierung an den Reichsbedienten verkauft werden. In einem Fall wird erzählt, daß ein tugendhafter Arbeiter etwa 6000 Francs gezahlt hat. Der eine der Angeklagten erzählte, um den Posten eines Scheiks habe er dem Kaiser einen Tausendfrancschein gegeben, nicht zu rechnen die Duzende Säbner und Tiere, die er ihm einen Monat lang täglich gebracht habe. Natürlich müssen solche Anlagen sich reichlich rentieren. Die Steuererhebung wird mit allen Mitteln betrieben. So mit Anwendung des Schindelschneidens.

Der Verfasser erzählt, daß er in einem winzigen Kneipen in der Stadt für 5 Personen Platz hat, 14 Menschen in Reihen gesehen hat. Luft erhalten sie durch ein zwei Handbreites, vergittertes Fensterchen. Als Nahrung dient harte Schiffsweibdel. Da jede Religion fehlt, verheißt die Exzentrik die Lust des ganzen Stadtteils und erzeugen über 2000000 Menschen. Am meisten natürlich unter den Gelassenen selbst, sodas die Einkommen fast einem Todesurteil gleich kommt. Die Schuld der Insassen war: Bagabonage und Diebstahl 5 — Vergehen“ von Rächtern gegen ihre Gemein-

benner 2 — desgleichen gegen eingeborene Obrigkeiten 4 — Steuerrückstand 3! Alle lagen dort auf Anklage eines eingeleiteten ordentlichen Richterpruches!

Rücksichtslos vollzieht sich die Enteignung der Einwohner durch die „Abrechnungs“-Machenschaften der Kolonial-Verwalter: Politiker, Finanzmänner und Industrielle, die den taugler herabdrückt. Die Bauern werden Pächter, die schaf ausgeben werden, oder sie werden von Ort zu Ort gejagt. Der Verfasser nennt angelegene Bodenräuber, die große Besitzungen zusammengerafft haben.

Der Vorstand der Liga der Menschenrechte hat eine Kommission ernannt mit der Aufgabe: 1. die rechtliche Lage des Eingeborenen von Tunis sowohl hinsichtlich ihrer Besitztümer; 2. die Organisation der dort bestehenden, der Regelung sich die im Jahre 1902 erfolgte rücksichtslose Unterdrückung der Bedingungen, unter denen die Zuteilung der Domänen erfolgt ist; zu prüfen; insbesondere die Frage, ob sich die beteiligten Politiker und Parlamentarier nicht gegen Strafgesetze veranlassen lassen. — Man darf dem Ergebnis der Untersuchung wie den weiteren Wirkungen des Buches mit Interesse entgegensehen, ohne sich natürlich mehr als künsigenfalls die Anwendung einiger Palliativmittelchen zu versprechen. Denn, wenn man die Fiktion der Landesbesitzer, ihre Enteignung und Vertreibung zum Proletariatselement besitzigen wollte: wozu brauchte man da mit vielen Opfern an Gut und Blut des Volkes zu „kolonisieren“? Und schließlich: Warum sollen es die Verdrängten und Kraber besser haben als die eigenen französischen Landesleute?“, werden die Herren vom einträglischen Patriatismus fragen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland.

Die ersten finnischen Gewerkschaften entstanden in den vierziger Jahren, zuerst bei den Handwerkern, dann bei den Bau- und Fabrikarbeitern. Weit entfernt, einen Klassenkampf führen zu wollen, suchten diese Gewerkschaften, in welchen die Unternehmer und die Meister in der Mehrheit waren, die Arbeiter durch die Bildung einer Interessengemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuführen, bis die Unzufriedenheit der Arbeiter in den vierziger Jahren 1895-96 um diese Zeit, wo die ersten großen Pächterstreiks ausbrachen, mit Macht emporstrebte. Die Bauarbeiter traten in den Zustand, indem sie die Einführung des Zehnstundentages verlangten. Sie setzten diese Forderung auch durch, was der Arbeiterbewegung in den anderen Branchen einen mächtigen Anstoß verlieh. Immer neue Arbeiterverbände blühten empor, und Hand in Hand damit machte auch die Streikbewegung immer größere Fortschritte.

Schon im Jahre 1900 wurde in Tammerfors der Versuch gemacht, auf dem dortigen einberufenen Gewerkschaftskongress eine Zentralorganisation für das ganze Land ins Leben zu rufen. Dieser erste Versuch schlug fehl. In den nachfolgenden Jahren wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften infolge der unter dem Diktator Bobrikoff einsetzenden Verfolgungen fast vollständig lahmgelegt. Erst nach dem siegreichen Generalstreik im November 1905 waren auch für die Gewerkschaften die Bedingungen gegeben, eine umfassende Tätigkeit zu entfalten. 1906 wurden in Finnland bereits 18 Gewerkschaften mit circa 400 Lokalverbänden gezählt. Im folgenden Jahre fand in Tammerfors ein Gewerkschaftskongress statt, der von 339 Verbänden besetzt war. (Insgesamt wurden in Finnland Anfang 1907 465 gewerkschaftliche Verbände mit 17.850 Mitgliedern gezählt.) Auf diesem Kongress wurde einstimmig beschlossen, eine zentrale Gewerkschaftsorganisation für Finnland zu gründen. Der Erfolg ließ auch nicht lange auf sich warten. Schon im folgenden Jahre wurden in Finnland 32 Gewerkschaften mit 608 Lokalverbänden, die insgesamt 24.009 Mitglieder besaßen, gezählt.

Infolge der starken industriellen Krise sank die Mitgliederzahl der Zentralorganisation im Jahre 1909 auf 19.928. Dessen ungeachtet waren die Einnahmen und Ausgaben der Zentralverbände im schnellen Steigen begriffen. Es beliefen sich (in finnischen Mark):

	Einnahmen	Ausgaben	Ressourcenbestand
1907	144.704	101.882	66.609
1908	367.194	292.743	247.558
1909	405.158	396.219	271.739

Das rapide Steigen der Ausgaben erklärt sich vorzugsweise durch die intensive Streikbewegung. Für Streiks und überhaupt für den direkten Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten herausgaben die Gewerkschaften 1907 30.768 Mark, 1908 127.683 Mark, 1909 171.938 Mark. In die letztere Summe sind auch die durch freiwillige Sammlungen unter den Arbeitern aufgebrauchten Unterstützungen für den schwedischen Generalstreik mit inbegriffen, die sich auf 63.538 Mark beliefen.

Auf dem Gewerkschaftskongress 1909 wurden die Mitgliedsbeiträge erhöht. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde die Frage der schriftlichen und mündlichen Agitation der Verbände erörtert. Seit dieser Zeit ist auf diesem Gebiete sehr viel geleistet worden. Außer der von der Zentralorganisation herausgegebenen Monatschrift „Die finnlandische Gewerkschaftsorganisation“ (1-4000 Exemplare) erscheinen die Jahrgänge der Bauarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner und andere, die insgesamt in circa 20 000 Exemplaren herausgegeben werden. Es auf dem letzten Gewerkschaftskongress als wünschenswert anerkannte Gründung von Arbeitslosenklassen ist seitdem verwirklicht worden. Die finnischen Gewerkschaften entwickeln gegenwärtig auf diesem Gebiete eine rege Tätigkeit.

Gegenwärtig sind in der finnischen Zentralorganisation fast sämtliche gewerkschaftlichen Verbände Finnlands zusammengeschlossen. Es gehören ihr nur folgende Verbände nicht an: der Dienstbotenverband, der Eisenbahnerverband, der Malerverband, der Pächterverband.

Zum Schluss sei auf die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei in Finnland hingewiesen. Auf dem Gewerkschaftskongress 1909 wurde eine Resolution angenommen, in welcher der finnischen sozialdemokratischen Partei als der einzigen Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse, die volle Anerkennung ausgesprochen wurde. Zu gleicher Zeit wurde ausgesprochen, daß die Gewerkschaften in Anbetracht dessen, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gleichzeitig sein müsse, und daß man nur auf Grund der Ueberzeugung Sozialdemokrat und Mitglied der sozialdemokratischen Organisation werde, ihre Mitglieder nicht zwingen dürfen, in die sozialdemokratische Partei einzutreten.

Die Flottenpläne der englischen Kolonien. Admiral Henderson, der eben von Australien zurückgekehrt ist, hat der Regierung des australischen Bundes ein Flottenprogramm unterbreitet, das im Verhältnis zur Bevölkerung des Gebietes — wenig über 4 1/2 Millionen — geradezu ungeheuerlich zu nennen ist. Er schlägt in seinem von der Regierung freundlich aufgenommenen Vauplan vor, in der Zeit von 22 Jahren eine Flotte von 63 Fahrzeugen, davon 8 Dreadnought-Kreuzer, mit einem Aufwand von 1806 Millionen Mark zu errichten! Die Flotte, die in ein östliches und ein westliches Geschwader zerfallen soll, müßte natürlich auch die erforderlichen Werften und Seebesatzungen erhalten. Eine australische Einheit der britischen Flotte in Höhe von 18 Fahrzeugen ist bereits im Bau. Voraussichtlich würde die Flotte, die unter der Verwaltung Australiens steht, im Kriegsfall dem Kommando der Reichsflotte unterstehen.

Bis zur Reichsverteidigungskonferenz von 1909 stand die Reichsregierung auf dem Standpunkt der vollen Einseitigkeit der gesamten Reichsflotte. Von da an hat sie jedoch die Schaffung eigener Flotten der selbstverwalteten Kolonien zugelassen und fördert sie recht. Indessen müssen nicht alle Kolonien vor-

diesem Rechte Gebrauch. So steht die Regierung von Neuzeeland noch fest auf dem Standpunkt, der Reichsregierung die Geldmittel für eine Anzahl Schiffe zu zahlen, die der chinesischen Abteilung der Stillen Ozean-Flotte zugeteilt werden. Mit der selbstständigen Union ist noch kein Abkommen getroffen. Dieser haben Kanada und Natal gleichfalls ihre Beiträge zur Reichsflotte gezahlt. Dagegen hat Kanada gleichfalls den Bau einer eigenen Flotte begonnen. Das erste Geschwader wird aus 11 Schiffen bestehen. Die Anfangskosten betragen 55 Millionen Mark. Auch für die selbstständigen Flotten soll behufs Aufrechterhaltung möglicher Gleichmäßigkeit die Reichsadmiralität das Recht behalten, hinsichtlich Schaffung und Verwendung der Schiffe und Ausbildung der Mannschaften die nötigen Ratschläge zu erteilen.

Amliche Nachrichten aus Fez. In Berliner amtlichen Stellen sind direkte Nachrichten aus Fez eingelaufen, die bis zum 15. d. M. reichen. Sie besagen, daß bis dahin alles in der schierischen Hauptstadt ruhig gewesen ist, widerlegen die vor etwa acht Tagen verbreiteten Alarmnachrichten aus Fez. Die Lage sei für die Europäer in keiner Weise gefährlich.

Der französische Kriegsminister erließ telegraphischen Befehl zur Mobilmachung eines Bataillons Kolonialinfanterie. Das Bataillon wird am nächsten Mittwoch mit einem in Rochefort mobilisierten Bataillon nach Loulon abgehen.

Das 4. Kolonialregiment unter dem Befehl des Obersten Michard wird mit vier Maschinengewehrtruppen sofort nach Casablanca abgehen.

Spanische Justiz. Das Kriegsgesicht (I) in Barcelona verurteilte den Journalisten Vaisa, den Redakteur der Zeitung „Progreso“, heute wegen Verleumdung der Armee zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

Die neue portugiesische Verfassung. deren Grundzüge nun bekannt gegeben sind, soll parlamentarischen Charakter tragen: Eine Kammer, von allgemeinem Stimmrecht auf 4 Jahre gewählt, wählt den Präsidenten auf 5 Jahre. Dieser ernannt die Minister im Einklang mit der Kammermehrheit. Der Minister des Innern ist zugleich Vizepräsident. Nach dem Vorschlag des Chefs der provisorischen Regierung, Braga, sollen die Sachminister ohne politischen Charakter, das heißt die Minister für Krieg, Marine, Finanzen, Handel und öffentliche Arbeiten, für die ganze Amtsdauer des Präsidenten bestellt werden. Ein Ministerium des Auswärtigen und ein diplomatisches Korps hält er für überflüssig. Die Vertretung im Ausland soll den Konsuln übertragen, für besondere Fälle sollen Spezialbeauftragte ernannt werden. Die Verwaltung soll möglichst dezentralisiert, den Orts- und Bezirksvertretungen weitgehende Befugnisse eingeräumt werden.

Die Entwicklung Koreas. Der Korrespondent des offiziellen Pekingers Blattes stellt die raschen Fortschritte fest, die Korea unter der japanischen Verwaltung mache, sowie die energische Tätigkeit der Japaner in der Südmandschurei, und weist auf die Ansiedlung von Koreanern in dem chinesischen Grenzgebiete hin.

Das Blatt meint, Japan werde wahrscheinlich die Verlängerung des Arrandovertrages für Mijong, sowie das Zugeständnis des polaren Handels längs der koreanischen Grenze und des Jaluflusses fordern. Die Bewilligung solcher Forderungen würde aber die Unabhängigkeit der Südmandschurei bedrohen, sowie die chinesischen Pöle und den Handel in der Mandschurei unterbinden. Deshalb müßten die Mächte einen scharfen Unterschied zwischen Korea und der Mandschurei feststellen.

Waffenstillstand in Mexiko! Der Waffenstillstand in Mexiko ist unterzeichnet. Zuerst unterzeichnete Madero, dann General Navarro für die Regierung das Schriftstück. Die Bedingungen sind folgende: Beide Armeen behalten ihre Positionen bei; der Bau von Verschanzungen und die Reparatur der Brücken unterbleibt; die zollfreie Einfuhr von Arzneien, Kleidern, Lebensmitteln und Fourage über Juarez wird zugelassen. Die Dauer des Waffenstillstandes ist auf fünf Tage, anfangend mit dem 23. April, festgesetzt. Die Friedensunterhandlungen erhalten Pässe für den Verkehr mit dem Lager der Insurgenten. Die anderen Rebellenführer, die vom Waffenstillstand noch nicht verständigt waren, setzten gestern die Feindseligkeiten fort. Sie sprengten die Brücken in der Nähe von Laredo (Texas), wodurch sie die letzte direkte Bahnverbindung zwischen Mexiko und der Union unterbrachen. Das mexikanische Parlament hat ein Gesetz, das die Wiederwahl des Präsidenten verbietet, in erster Lesung angenommen, die zweite soll am Montag stattfinden. Präsident Diaz eruchte General Reyes um sofortige Heimkehr zum Zwecke der Friedensverhandlungen. Reyes erklärte, er werde nicht für die Präsidentschaft kandidieren.

Parteiangelegenheiten.

Ein sozialistisches Tageblatt in England. Wie der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, Anderson, erklärte, wird der Parteirat im Mai zusammenzutreten, um neben der Agitation im Sommer, die jedesfalls speziell den Bergarbeitern gewidmet werden wird, über die Herausgabe einer Halbpenny (4 Pennig)-Tageszeitung zu beschließen. Die erforderlichen Maschinen sind bereits angeschafft und lagern in der Parteidruckeri in Manchester. Jedenfalls wird zunächst ein Komitee zur Vorprüfung aller Einzelfragen bestellt werden.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

R., Olegan. Die Verteidigungsgebühr vor der Strafammer beträgt nach § 63 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte 20 Mk. Dazu kommen noch andere Beträge, sodas die Rechnung schon stimmen wird.

Welfstein S. Sie müssen den Mann jetzt beim Gericht verklagen.

S. W. 1000. Der Schneidermeister muß Ihnen die besten Kleidungsstücke liefern oder Schadenersatz, für den Stoff leisten, wenn die Sachen nicht zu gebrauchen sind. Ist eine gültliche Einigung nicht zu erreichen, so muß der Meister verklagt werden.

F. Neustadt. Rathhor hat nach der letzten Volkszählung 58 000 Einwohner.

G. Neustadt. Jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden, auch nicht vor 6 Uhr Morgens und nicht nach 8 Uhr Abends. Der Fünftageslohn an Sonnabenden ist nur für die Arbeiterinnen in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern vorgeschrieben, für die jugendlichen männlichen Arbeiter nicht.

A. 37. Wenn der Staatsanwalt nicht auch Revision eingeleitet hat, kann die Strafe nicht erhöht werden. Es ist nicht nötig, das Sie zum Termin fahren.

S. 2. England. Der eingeschaltete Betrag reicht bis 27. Mai d. J.

Genossen! Agiert überall für die Arbeiterpress!

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Dieckhoff. — Redaktion: Berlin, Unter den Linden 11. — Druck: von Oskar Glöckner. — Druckort: Berlin. — Preis: 10 Pfennig. — Jahrgang: 1909. — Nummer: 10.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. April.

Geschichtskalender.

26. April.

1910 Der norwegische Dichter Björnson †.

An die Mädchen und Frauen

Des Sozialdemokratischen Vereins richten wir wiederholt die Bitte, ihren Frauenabend zu besuchen, der morgen Mittwoch Abend in folgenden neun Lokalen abgehalten wird:

- Milbes Festsäle, Gräbchenerstraße 74.
- „Schweizerhof“, Schweizerstraße 23.
- „Schwarzer Adler“, Bismarckstraße 21.
- Siewald, Mikaeliststraße 26.
- „Schwarzer Paul“, Paulstraße 42.
- „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 5.
- „Wilhelmsburg“, Neudorfstraße 54.
- „Für auf der Orgel“, Kupferschmiedeplatz 39.
- „Morsäle“, Pöpelwitzstraße 36.

Referenten sind die Genossinnen: Frau Behrens, und Frau Sawatsch und die Herren: Weiler, Darf, Löbe, Th. Müller, Keulrich, Philipp und Siller.

Die Versammlungen, die um 8 Uhr Abends beginnen, sind spätestens um 10 Uhr zu Ende.

Einen astronomischen Vortrag mit Lichtbildern

veranstaltet der Bildungsausschuss am Dienstag, den 9. Mai Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Als Vortragsthema ist gewählt worden: „Die Rätsel des Mars“. Vortragender ist der Breslauer Astronom Herr Feltz Erber. Wir machen unsere Freunde darauf aufmerksam, daß Eintrittskarten für 15 Pf. das Stück schon jetzt zu erhalten sind. Solche Karten sind niedergelegt:

- im Partei-Sekretariat,
- in der Expedition der „Volkswacht“,
- im Gewerkschaftshaus,
- in den Zigarrengeschäften von: Studt, Leuthenstraße 53,
- Reichelt, Matthiasstr. 140,
- Kögerke, Matthiasstr. 26,
- Tige, Humboldtstraße 8.

Der Kampf um die Unfallrente

Soll nach der Reichsversicherungsordnung dadurch ersichert werden, daß das Reichsversicherungsamt in Berlin, das höchste Gericht in Renten-Streitigkeiten, als Rekursinstanz aufgehoben wird und nur noch Revisionsgericht sein soll, wie schon heute in allen Fällen, wo es sich um Invalidenrenten handelt. Das würde eine bedeutende Verschlechterung des Verfahrens zum Nachteil der Unfallverletzten bedeuten. Nachstehend können wir wieder über einen Fall berichten, wo sich das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz aufs beste bewährt hat, indem ein Arbeiter zu seinem Rechte kam.

Der Arbeiter Sch. erlitt am 16. Juni 1909 durch Abwurf aus circa 1 1/2 Meter Höhe eine Verletzung der linken Schulter. Die nordböhmische Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion I lehnte den Anspruch des Verletzten auf Übernahme des Weiterfahrens und Gewährung einer Rente ab, weil nach dem Gutachten ihrer Vertrauensärzte Dr. M. und Dr. K. erwerbsunfähig sei. Die Ablehnung erfolgte, trotzdem Sch. noch in Behandlung eines namhaften Chirurgen als gänzlich erwerbsunfähig stand. Sch. legte gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Regierungsbetrieb Potsdam ein und fügte eine Bescheinigung seines behandelnden Arztes bei, wonach dem Sch. bestätigt wurde, daß er an Unfallfolgen gänzlich

erwerbsunfähig sei. Das Schiedsgericht forderte ein Gutachten seines Vertrauensarztes Dr. G. ein, der zu dem Ergebnis kam, daß es sich bei Sch. um eine Verletzung der Schultergeleite handele, und daß der Unfall vom 16. Juni 1909 Folgen bei Sch. nicht hinterlassen habe. Der Verletzte wurde auf Grund dieses Gutachtens vom Schiedsgericht abgewiesen. Gegen die Entscheidung wurde Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt und zur Begründung des Antrages ein ausführliches Gutachten des behandelnden Arztes überreicht. Das Gutachten sagt unter anderem: „Wie die von mir am 18. Juni 1909 konstatierte Schwellung des linken Schultergelenks beweist, ist durch das Trauma (Unfall) ein Bluterguß im Gelenk erfolgt, der allmählich aufgesaugt wurde. Es ist eine jedem Chirurgen bekannte Tatsache, daß beratige Verletzungen an sich imstande sind, bei einem vorher gefunden Gelenk schwere dauernde Gelenkerkrankungen hervorzurufen.“

Das Reichsversicherungsamt erforderte nunmehr vom dem Kreisarzt Dr. W. ein Obergutachten. Auch dieser Obergutachter kam zu dem Schluß, daß der Unfall erhebliche Folgen zurückgelassen habe, daß die Gelenkerkrankung auf den Unfall zurückzuführen sei. Das Reichsversicherungsamt verurteilte daraufhin die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Vollrente vom Beginn der 14. Woche nach dem Unfall bis zum 2. November 1909 und vom 3. November ab zur Zahlung einer Rente von 25 Prozent.

Würde die arbeitgeberfeindliche Forderung der Regierung und der Mehrheitsparteien, das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz bei Unfallfestsetzung auszuscheiden, bereits Gesetzeskraft erlangt haben, so wäre der verletzte Arbeiter um seine Rente gekommen. Er hätte an seinem Körper den Irrtum der Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaft büßen müssen. Der geschilderte Fall beweist, wie notwendig für die Arbeiterklasse der Kampf gegen die geplante Verschlechterung ist. Eine Verschlechterung, die nur einen geringen Teil des gegen die Arbeiterschaft geplanten Attentats durch die neue Reichsversicherungsordnung darstellt.

Ueber die Oberregulierung

hat nun auch die Breslauer Handelskammer ihr Urteil abgegeben. Sie hat sich für den Großschiffahrtsweg durch die Oder oder entschieden, d. h. für den Ausbau des Armes der Oder, der durch die Gneisenau- und Wilhelmsbrücke hindurchführt. Es wird aus dazu geschrieben:

Die Handelskammer beweist mit diesem Urteil, daß sie eine reine Interessenvertretung der gegenwärtigen Schiffahrts-interessenten ist. Es ist natürlich, daß die Schiffseeder und ähnliche Interessenten bei einer Steigerung des Schiffahrtsverkehrs gute Geschäfte machen würden. Weitere Anreize würden hieran aber keinen Nutzen haben. Daß die Breslauer Handelskammer großzügige Handelspolitik treibt, kann man auf Grund dieses Urteils nicht behaupten; da ist doch der ursprüngliche Plan des Magistrats ein weit besserer.

Der Magistrat will durch Führung des Großschiffahrtsweges um die Stadt herum unter Benutzung des Schwarzwasserbette's im Norden und Nordosten der Stadt einen breiten neuen Gürtel schaffen, dazu bestimmt, eine neue große industrielle Entwicklung unserer alten großen Handelsstadt zu sichern, einen Gürtel der auch noch genug Platz bieten würde zur Anlage von breiten großen Promenadenstraßen. Denn auf dem Gelände, das die Stadt für ihre Entwicklung gewinnen würde, gelegen an einem schiffbaren Fluße, geschützt gegen alle Unbill des Hochwassers, in unmittelbarer Nähe des ober-schlesischen Kohlenbeckens, von Ostpreußen und Ausland durch schiffbare Kanäle leicht zu erreichen, dazu in nächster Nähe der Stadt, die die halbe Million bereits überschritten hat — auf einem solchen Gelände müßten sich große und neue Industrien entwickeln, die der zurückgelassenen Großstadt zu neuer großer Blüte verhelfen werden.

Daß der Plan der Handelskammer vom hygienischen Standpunkte zu verwerfen ist, haben wir schon vor einigen Monaten auseinander gesetzt. Ein Großschiffahrtsweg darf nicht durch

die bewohnte Stadt gehen. Alle an schiffbaren Flüssen gelegenen Großstädte bemühen sich, teilweise mit sehr großen Kosten, ihren Großschiffahrtsweg um die Stadt herum zu legen. Wien, Berlin, Paris haben unzählige Millionen geopfert, um dieses Ziel zu erreichen, und wir, die wir zu wählen haben, wir sollten nur den paar gegenwärtigen Schiffahrtsinteressenten zu Liebe einen Plan wählen, der unseren Mitbürgern eine Seuchengefahr bringt, und im günstigsten Falle unseren Nachkommen in ein paar Jahrzehnten die Verpflichtung auferlegen würde, unter neuen, viel größeren Opfern einen neuen Schiffahrtsweg um die Stadt herum zu bauen! Das wäre ja geradezu ein Schildbürgerstückchen!

* Was lesen die Kranken? Es gibt kaum eine Zeit, schreibt der „Kunstwart“, die den Menschen so empfänglich für gute Lektüre findet, wie die Wochen der Genesung nach einer schweren Krankheit. Auch während der leichten Krankheitszustände, die bei dem heutigen Versicherungswesen selbst die Minderbemittelten in Scharen in die Krankenhäuser führen, sind die Leute geneigt, ihr Interesse von den Alltags Sorgen des Berufslebens höheren Dingen zuzuwenden. Sind nun unsere Krankenhäuser gerüstet, dieses Verlangen nach geistiger „Therapie“ zu befriedigen? Die Antwort muß bejahend sein. Die Bücherei, die den Patienten zur Verfügung steht, ist in den meisten Fällen durchaus minderwertig. Von einer bewußten Auswahl besser, oder doch guter Bücher ist keine Rede. Meist findet man eine sehr geringe Anzahl von mittelmäßigen Romanen, die von irgend einem Gönner, der seinen Bücherschatz vom Schund säuberte, gestiftet wurden. Daneben eine Reihe von alten Journalen, Wochenschriften, illustrierten Wochen- und Monatschriften, die die Ärzte nicht zuhause herumlegen lassen wollen.

Nicht minder trostlos sieht es in den Wartezimmern der Ärzte (und Rechtsanwält) aus. Auch hier werden dem Patienten, der bei dem langen, oft unruhigen Warten geradezu um Leben gerungen ist, alle Väterprospekte, illustrierte „Prachtwerke“, zerklüftene Altkunst und abgegriffene Hände irgend einer „Unterhaltungsbibliothek“ oder gar Neufamealums zugemutet. Und doch ist eine kleine gediegene Bücherei, etwa aus den billigen Sammlungen zusammengestellt, um wenig Geld zu beschaffen. Die „Neglektkosten“ könnte jedenfalls das Einkommen des Herrn Doktors noch tragen. Falls er nicht den Einfluß des feischen Zustandes seiner Patienten auf ihren körperlichen sehr unterschätzt, wird er sogar diese Ausgabe nicht als „unnützig“ im engsten Berufsinteresse ansehen dürfen. Die Auswahl wird nicht allzugroße Schwierigkeiten bereiten: Ein gelunder Humor wird den Vorzug verdienen, doch nicht allein herrschen dürfen.

* Vorsicht vor Kautionschwindlern! Die Zeitungen bringen täglich eine Menge Anzeigen über Stellungen, die mit Kautionsforderungen verbunden sind. So mancher Arbeitslose, der seit Wochen oder gar Monaten auf der Straße liegt und bittere Not leidet, findet ein Inserat, das ihm einen guten Posten verspricht, wenn er eine Kautionskassette. Es folgen verzweifelte Anstrengungen, um das nötige Geld herbeizuschaffen, und es gelingt manchmal auch, die nötigen Summen aufzubringen. Aber sehr oft werden dann die Kautionskassettensammler, die sich wegen der Kautionskassette fürchten, doppelt und dreifach schamhaft betrogen. Sie sehen bald zu ihrem Schrecken, daß nicht nur die Kautionskassette verloren ist, sondern auch die Stellung, die so rosig geschilbert und als dauernd bezeichnet wurde. Zu spät meistens kommen die Arbeitslosen dahinter, daß sie ganz gemeinen Kautionschwindlern in die Hände gefallen sind, die keinem Menschen helfen wollen, es vielmehr einzig und allein auf die Plünderung der Stellungslosen abgesehen haben, deren Not und Verweigerung sie gewissenlos auszunützen. Da solche Leute auch in Breslau ihr Unwesen treiben, ist große Vorsicht geboten.

Aus aller Welt.

Zu der Katastrophe auf Zeehe „Lucas“. Zu dem Unfall auf Zeehe „Lucas“, über das wir gestern kurz berichteten, wird noch mitgeteilt: Unterhalb der ersten Sohle des Schachtes II war gegen 11 Uhr Abends ein Orbenbrand entstanden. Von den sich entwickelnden Brandgasen wurden vier Bergleute über- rascht. Während einer von ihnen bis zum Schacht kam, erreichten zwei andere noch die erste Sohle, der dritte wurde beinahe ohne Erfolg zu Boden. Der Betriebsinspektor Kleinlimburg eilte mit mehreren Beamten und Arbeitern sofort zur Unfallstelle. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich aber sehr schwierig, da die Mannschaft selbst in die größte Gefahr des Ersticken geriet und gezwungen war, einen bewußtlosen Bergmann auf halbem Wege liegen zu lassen, um ihr eigenes Leben zu retten. Bei einem sofort wiederholten Versuch verlor der Betriebsinspektor die Besinnung. Später gelang es den durch die Feuerwehr unterstützten Rettungsmannschaften den Betriebsinspektor und auch den bewußtlosen Bergmann zur Sohle zu bringen. Während bei dem Knappen die sofort aufgenommenen Wiederbelebungsversuche von Erfolg begleitet waren, gelang es nicht, den Betriebsinspektor ins Leben zurückzurufen. Er war bereits den Helmboden gestorben. Die mit dem Rettungsversuche beschäftigten übrigen Leute waren alle mehr oder weniger von den schlechten Wetterbedingungen betroffen. Einige erholten sich schnell wieder, dagegen mußten zwölf Mann in das städtische Krankenhaus geschafft werden, wo sie jedoch bald wieder zu sich kamen. Montag früh mußten zwei Drittel der Mannschaften feiern, doch hofft man, den Betrieb bald wieder aufnehmen zu können. Während des Rettungsversuches wurden auch einige Feuerwehrleute durch die giftigen Gase betäubt und mußten ebenfalls dem Krankenhaus zugeführt werden, doch besteht für ihr Leben keine Gefahr.

Bananen-Artikelmittel. Auf zahlreichen Wegen werden — so schreibt man — seit einiger Zeit in den Straßen Berlins Bananen feilgeboten, die auch willige Käufer finden. Dieser Handel scheint aber reinsonstigen Anschauungen zu unterliegen, wie man sie sonst nicht antreffen. Es kosten durchweg: 1 Stück 10 Pfennig, 2 Stück 15 Pfennig. Das ist kaufmännisch richtig gedacht, denn der „Großhändler“ will und soll billiger kaufen als der „Kleinhändler“. Aber nun kommt das Wunderbare, daß 3 Stück

25 Pfennig kosten! Bei Abnahme von 2 Bananen zahlt man 75, bei drei hingegen 8,33 Pfennig für das Stück! Kaufen man dreimal je 2 Bananen, so kosten die 6 Früchte 45 Pfennig, kaufen man aber zweimal je 3 Bananen, so hat man für dieses leichtsinnige Unterfangen 3 Pfennig Strafe zu zahlen. Welcher Artzimedee löst mir dieses Problem? — In Breslau kann man übrigens ähnliche Erfahrungen machen.

Neun Personen ertrunken. Ein großes Unglück, dem neun Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich auf der Elbe in der Nähe von Königgrätz. 15 Arbeiter, die bei den Oberregulierungsarbeiten beschäftigt sind, setzten in einem Kahn über die Elbe. Inmitten des Flusses kippte der Kahn um und alle 15 Menschen fielen in den hier reißenden Fluß. Nur 6 Personen gelang es, das schützende Ufer zu erreichen. Die Ertrunkenen waren durchweg Familienväter. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Noch ein Orbenbrand. Auf der Zeehe „Dolland“ bei Wattencheid wütet seit acht Tagen ein heftiger Orbenbrand. Das Feuer entstand am Karfreitag Abend zwischen 6 und 7 Uhr. Obgleich umjanzreiche Abperrungen vorgenommen wurden, gelang es bis jetzt nicht, das Feuer Herr zu werden. Infolge des Brandes sind 600 Bergleute arbeitslos geworden. Das Bergamt hat eine Kommission an Ort und Stelle gesandt, die die Sache untersuchen soll.

Schrecklicher Tod eines Arbeiters. Auf den Krüppelgrubenwerken in Magdeburg fand der Dreher Max Fleming, der an einer nahezu 200 Zentner schweren Panzerplatte zu arbeiten hatte, dadurch einen schrecklichen Tod, daß sich die Platte plötzlich aus ihrer Verankerung löste und den Dreher fast buchstäblich zerquetschte. Die Leiche war nur noch eine unförmliche Masse.

Die Zahl der Parlamentarier. Die Zahl der Parlamentarier in den verschiedenen Ländern wird in einer französischen Statistik zusammengestellt. Von den großen Parlamenten hat die geringste Zahl von Abgeordneten die Kammer in Kanada, nämlich nur 21. In den meisten Ländern hält sich die Zahl der Parlamentarier in der Nähe von 400. So haben Japan 369 Abgeordnete, die Vereinigten Staaten 391, der Deutsche Reichstag 396, die spanischen Cortes 406 und die russische

Duma 442. Ueber 500 Parlamentsmitglieder haben Italien mit 508, Oesterreich mit 516, Frankreich mit 594 und England, dessen Unterhaus mit 670 Mitglieder die Höchstzahl erreicht.

Auch ein Theaterkostüm. Der englische Dichter Shaw hat mit den Londoner Theatern einen heftigen Kampf ausgefochten, aber nicht etwa um etwas, das zu seiner Tätigkeit als Kritiker gehörte, sondern um etwas rein Kleinerliches. Für die Theaterbesucher ist in England bekanntlich die korrekte Kleidung, Evening dress strenge Vorschrift. Shaw aber zog es vor, in seinem geliebten Samtjackett zu erscheinen. Einem Abends kam er wieder im Samtjackett und der Logenschließer hielt ihn an. „Woran stoßen sie sich?“ fragte Shaw, „etwa an dem Samtjackett?“ Der Logenschließer nickte bejahend. „Sehr gut“, rief Shaw, „das kann ich ablegen!“ Damit zog er wirklich das anstößige Kleidungsstück aus und machte Instalten, sich in demsüßarmeln auf seinen Platz zu begeben. „So geht es auch nicht!“, sagte der Logenschließer besorgt und suchte Shaw festzuhalten, worauf dieser mit gut gespielter Entrüstung meinte: „Glauben Sie etwa, ich ziehe mich noch weiter aus?“ Seitdem aber konnte er ungehindert im Samtjackett erscheinen.

Kleine Nachrichten. Auf der von Krümming nach Regensburg führenden Straßenbahn ereignete sich ein schweres Unfälle. Auf noch unaufgeklärte Weise entgleiste ein mit Insulalern vollbesetzter Wagen mit beiden Anhängerwagen. Der erste Wagen fuhr mit aller Wucht an einen Baum. Nach den bisherigen Feststellungen wurden fünf Personen schwer und dreizehn leichter verletzt. — Ein frecher Raubfall wurde auf das Postamt in Klingland Road im Londoner Distrikt Shorebich verübt. Einbrecher drangen in das Postamt ein und schleppten den Geldschrank, der Markenpostanweisungen und bares Geld im Betrage von 20.000 Mark enthielt, weg. Weder die Polizei noch die Nachwächter des Postamts haben irgend etwas von dem Vorfall gemerkt. — Unter donnerartigen Getöse explodierte in der Nacht zum Montag in dem französischen Güttnerwerk Pont Flavais bei dem lothringischen Döyingen ein Hochofen. Zahlreiche Eisenstücke wurden weit umhergeschleudert und zwanzig Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. — Hauptmann von Diddmann, der am Donnerstag in Dresden mit dem Ballon „Nordhausen“ überflüchtete, weil die Luftmännschaften den Ballon beim Abwiegen losließen, so daß er gegen ein Gebäude prallte, ist, wie aus Dresden gemeldet wird, seinen Verletzungen erlegen.

Protestversammlung der Freien Hilfskassen.

Ebenso wie die Ortskrankenkassen, veranstalten auch die Freien Hilfskassen Breslaus Freitag, den 28. April, im Gewerkschaftshaus eine Protestversammlung, um gegen die den Hilfskassen durch die geplante Reichsversicherungs-Ordnung drohende Erdrückung energisch Warnung einzulegen. Das Referat hat ein mit dem Wesen der Freien Hilfskassen genau vertrauter Nebentag einer hiesigen großen Kasse übernommen. Die Mitglieder von Hilfskassen, denen an der Erhaltung ihrer Kasse gelegen ist, müssen es als eine Pflicht ansehen, durch Teilnahme an der Versammlung den Protest zu unterstützen.

An die Arbeiterkassen! Der Jugendauschuss der Breslauer Arbeiterkassen hat am 27. April dieses Jahres erstmalig gemeinsam mit dem Verbandsrat der freien Turner Breslaus eine zweitägige Gebirgswanderung für die arbeitende Jugend. Um einer größeren Anzahl von Jugendlichen die Teilnahme zu ermöglichen, haben beide Ausschüsse Reise- und Wandersparten eingerichtet, für deren eingezahlte Beiträge sie haben; auch erhalten die Teilnehmer jedes Nachtquartier und freien Morgenstafette.

Die Teilnehmer treffen sich Sonntag, den 4. Juni (1. Feiertag), Morgens 5 Uhr, am Freiburger Bahnhof, der Zug fährt um 5.15 Uhr; die Fahrt geht bis Ober-Wieslitz. Von dort aus geht es zu Fuß über das Schieferal, die Adnburg (freie Turmbeschäftigung), Mühlbachtal, Friedrichsgrund nach Peterswaldau, wo Nachtquartier genommen wird. Montag, den 5. Juni, Aufbruch Morgens 5 Uhr über die Höhe Gule, die Zimmermannsbaude, Röhrgund nach Festung Silberberg, die ebenfalls kostenfrei befristet wird. Von dort erfolgt die gemeinsame Heimfahrt, so daß jeder wieder Abends um 9.05 in Breslau ist. Das Fahrgehalt beträgt ein und zurecht 3,50 Mark, ein Fahrgehalt ist etwa 1 Mark für den Tag nötig.

Der Jugendauschuss erwartet, daß er in seinem Bestreben, in der Jugend die Liebe zur Natur und damit den Sinn für alles Edle und Schöne zu wecken und zu pflegen, von den Eltern und Angehörigen der Jugendlichen nach Möglichkeit unterstützt wird. Die Wanderfahrt geschieht unter fachverständiger Leitung einer Anzahl älterer Personen, denen die Eltern ihre Jugend ohne weiteres anvertrauen dürfen. Wer also im Besonderen ist, seinem Jungen diese Freude zu bereiten, sollte es ihm; der Daul dürfte nicht ausbleiben. Auskünfte erteilt der Vorsitzende des Jugendauschusses W. Adersholz, Neus Traupenstr. 56, S. 1.

Eine simple Ausstellung von Gesellenlücken und Lehrlingsarbeiten ist am Sonnabend mit reichlichem Epitafel, mit Festreden, Magistralpersonen, Kaiserhochs und Kaisertelegramm eröffnet worden. Die Geschichte mütet komisch an, denn es ist durchaus nichts Besonderes, was dort im Festsaal der Fleischerei in der Friedrich-Wilhelmstraße zusammengetragen worden ist, um Zeugnis von der Bedeutung des Handwerks zu geben. Aber die Herren Innungsmacher wollen den lieben Mitbürgern gern etwas Angenehmes von ihrer Existenz verraten und darum schreiben sie zeitweilig über Gebühr und spannen dazu noch Stadträte und sonstige kommunale Respektspersonen in ihren Dienst. Man sollte das lieber nicht tun. Denn man muß schließlich riskieren, daß man bei öffentlicher Ausstellung der Leistungen, nicht nur eine Kritik aus lokalpatriotischer Selbstverliebtheit erhält, sondern auch mit etwas strengen Augen betrachtet wird. Und diese vom Breslauer Innungsausschuss arrangierte Ausstellung ist zwar quantitativ etwas reicher ausgestattet wie früher, in der Qualität läßt sich aber kein Fortschritt erkennen. Bei den Gesellenlückenarbeiten ist nichts Originelles zu finden und wir müssen ehrlich sagen, daß uns die Schaufensterauslagen einer großen Stadt einen besseren Beweis von der Lichtigkeit und Fähigkeit des deutschen Kleinerebes geben können. Von den ausgestellten Arbeiten ist sogar manches recht mangelhaft, wie z. B. die Abteilung der Bildhauer und Stulpteure zeigt. Auch die Entwurfs der Goldschmiede zeigen von geringem Sinn für neue Formen. Einzig die Abteilung der Maler macht hier eine Ausnahme, wo man an wirklich modernen Farbenmischungen gefallen kann. Das Gleiche gilt von den geschmackvollen Papiergebilden für Bücher- einbände. Zu erwähnen sind nur noch die Arbeiten der Kunstglaser und die wirklich saubere und akurate Kollektion von Schlofferarbeiten.

Mit dieser Ausstellung verbunden ist eine andere kleine Ausstellung, die uns in beschränkter Auswahl die Innungsheftiger entwicklungsfähiger Zeiten vorführt.

Die Einbürgerung, womit ein Arbeiter-Radfahrer-Berein in einem Orte der Provinz Sachsen seinen Festsaal geschmückt hatte, waren für die Polizeibehörde ein Stein des Anstoßes. Diese Einbürgerung wurden zu „Plakate“ gestempelt und der Vorsitzende bekam eine Anklage wegen Übertretung des alten preussischen Verfassungsgesetzes, wonach das Verleihen, Anhängen oder Anheften von Plakaten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig ist. Es handelt sich um Aufhänger folgenden

Inhalt: „Durch Kampf zum Sieg für Wahrheit und Recht.“ — „Für Wahrheit, Freiheit, Brüderlichkeit kämpfen die Arbeiter-Radfahrer jederzeit.“ — „Radfahrer, reißt Euch die Bruchhand und bekämpft der Menschen Unverstand.“ Das Landgericht in Weinheim, die für den fraglichen preussischen Bezirk zuständige Instanz, sprach als Berufungsgericht den Angeklagten frei und nahm an, daß es sich nicht um Plakate handelte. Die fraglichen Plakate enthielten nur Sätze und sonst keine Mitteilungen. Deshalb seien es keine Plakate. Das Kammergericht in Berlin verwarf die von der Staatsanwaltschaft gegen dies Urteil eingelegte Revision als unbegründet. Also solche Einbürgerungen dürfen in Sälen ohne polizeiliche Erlaubnis angebracht werden.

Wie die Unfallverhütungsvorschriften von den Unternehmern auf dem Lande beachtet werden, zeigt folgender Fall, der vor der Breslauer 1. Strafkammer verhandelt wurde. Angeklagt war der Stadtgutsbesitzer Heinrich Scholz aus Wenzig wegen fahrlässiger Tötung. Am 20. Februar d. J. wurde auf dem Gutshofe in Wenzig gedroschen. In der Scheuer war die Ölweilmaschine aufgestellt, und Scholz selbst leitete das außerhalb der Scheuer gehende Pferd. Die Kupplung der Maschine war aber nicht mit einer Holzverkleidung versehen, obwohl das vorgezeichnete ist. Das hatte zur Folge, daß eine 72-jährige Arbeiterin, die die ausgedrochnenen Körner unter der Maschine hervorzuharken hatte, sich ums Leben kam. Das Scheuentor hatte Scholz des starken Windes wegen schließen müssen, und so konnte er nicht übersehen, was in der Scheuer vorging. Schließlich ergab ein Schrei, und als Scholz erdrossen das Tor aufriß, lag die alte Frau bereits am Boden. Die Kupplung der Maschine hatte sie erfasst und niedergedrückt. Bei dem Sturz auf die harte Tenne erlitt sie einen Schädelbruch und starb bald darauf. Die Staatsanwaltschaft machte mit Recht den Gutsbesitzer für den schweren Unglücksfall verantwortlich, denn wenn er sich um die Unfallverhütungsvorschriften gekümmert hätte, wäre ein Menschenleben erhalten geblieben. Der Vertreter der Anklagebehörde hielt eine viermonatliche Gefängnisstrafe an Plaz. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Zimmer wieder die Konkurrenzklause. Ein wichtiger Fall wurde in der Sitzung des Breslauer Kaufmannsgerichts entschieden. Die Handelsgesellschaft Horn und Stinkel (Seinen und Baumwolle en gros) schloß mit dem Reisenden W. S. im Jahre 1909 einen Anstellungsvertrag auf 10 Jahre. In diesem Vertrage hieß es, daß die Firma jedoch das Recht der Kündigung vor, falls der Reisende einen Umsatz von 200.000 Mk. nicht erreicht oder sonst durch sein Verhalten zur Lösung des Vertrages Grund geben sollte. Der Anfangsschalt betrug 2100 Mark, der mit der Zeit auf 3000 Mark erhöht wurde. Falls der Reisende die Stellung bei der Firma widerrechtlich kündigt und verläßt, sollte er eine Vertragsstrafe von 3000 Mk. zahlen. Diese Strafe sollte ihn auch dann treffen, wenn er nach dem Ausscheiden aus dem Hause für die Dauer von 2 Jahren in ein Konkurrenzgeschäft eintritt und seine alten Kunden berührt. Am 31. Dezember v. J. kündigte S. die Stellung für den 31. März 1911. Am 1. April trat er in ein Konkurrenzgeschäft ein. Die Firma machte nun ihr vertragliches Recht geltend und klagte gegen den Reisenden auf Zahlung von 6000 Mk. Der Vertreter der Firma führte an, daß durch den Austritt des Beklagten dem Geschäft ein großer Schaden entstanden sei und deshalb unbedingt darauf bestanden werden müsse, daß die Vertragsstrafe in der Höhe, wie sich der Beklagte verpflichtet, bezahlt werden. Der Beklagte dagegen beantragte die Abweisung der Klage, weil die Kündigungsfrist im Vertrage nicht für beide Teile gleich sei, wie es der § 67 des Handelsgesetzbuches vorschreibt. Das Haus holte die Unterhandlung des jungen Reisenden zu seinem Vorteil ausgenutzt. Das Kaufmannsgericht wies die Klage teilweise ab, jedoch aus einem anderen Grunde. Der § 129 des H. G. B. befragt: Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde. Unbestreitbar ist der einseitige Vorbehalt des Kündigungsrechts im Vertrage nichtig. Dem Beklagten hätte das Recht eingeräumt werden müssen, daß auch er unter Umständen die Stellung aufkündigen dürfe. Es frage sich aber, ob durch die Ungültigkeit eines Teiles des Vertrages der ganze Vertrag als ungültig zu betrachten sei. Diese Frage beantwortete das Kaufmannsgericht entschieden mit ja. Der nichtige Teil sei für die Oberen von so großer Wichtigkeit, daß ohne ihn der Vertrag überhaupt nicht zustande gekommen wäre. Aus diesen Gründen sei der ganze Vertrag als ungültig anzusehen, aus dem Ansprüche nicht hergeleitet werden können.

Verband freier Gast- und Schankwirte. In der Mitglieder-Versammlung am 21. d. M. wurden die Stellen Paul Gernke, Reudorfstr. 29, Joh. Wommert, Westendstr. 26, A. Berger, Adenbrunnstr. 36, Wilhelm Abend, Niederstr. 4, Aug. Gierke, Moritzstr. 8, J. Büchel, Reichenstr. 16, E. Kinkel, Leuchtstr. 82, S. Dabber, Guterstr. 6 und J. J. Gierke, Mathiasstr. 20 neu aufgenommen. Der Gauleiter des Bäder-Verbandes Genosse Winger sprach über die Lohnbewegung der hiesigen Bäckergehilfen. Nachdem sich lärmliche Kollegen mit den Ausführungen des Referenten ein-

verstanden erklärt hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung des Verbandes freier Gast- und Schankwirte, Zahlstelle Breslau, erkennt die Bestrebungen der hiesigen Bäckergehilfen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, an und verspricht, die Bäckergehilfen nach Kräften zu unterstützen. Die Mitglieder werden ersucht, bei ihren Brotlieferanten dahin zu wirken, daß diese den Tarif des Bäckerverbandes anerkennen und nur Brot von tariftreuen Bäckereien beziehen.

Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab eine Einnahme von 361 Mk., an die Hauptkasse sind 256,60 Mk. gefandt worden. Der Bestand der Lokalfasse betrug 179,01 Mk. Die Mitgliederzahl liegt im 1. Quartal um 14. Koll. Helmrich gab den Bericht der Einkaufskommission. Ueber die Lieferung von Zigaretten, Zigarren und Likören werden mit den Lieferanten in den nächsten Tagen die Verträge abgeschlossen; Näheres wird den Mitgliedern durch Zirkular mitgeteilt. Am 12. Mai wird ein Ausflug nach Stabehnitz bei Deutsch-Bissa veranstaltet. Die nächste Mitglieder-Versammlung ist am 9. Juni beim Koll. Köhrig, Weinstr. 11.

Das Breslauer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen die frühere Prostituierte Emilie Lillge wegen vorläufigen Meineides. Die Lillge wurde am 21. Januar d. J. vor dem Breslauer Landgericht in einer Straffache gegen ihren Zuhälter als Zeugin vernommen, wobei sie wissenschaftlich unter dem Eide eine falsche Aussage machte. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis. Bei Abmessung der Strafe kam, wie der Vorsitzende erwähnte, die Anwendungsmöglichkeit des § 157 des Strafgesetzbuches als Milderungsgrund in Betracht. Nach diesem Paragrafen wird der milder bestraft, der einen Meineid nur deshalb geschworen hat, um sich mit seiner Aussage nicht selbst einer strafbaren Handlung zu bezichtigen. Dies war hier der Fall gewesen. Denn hätte die Lillge gegen ihren Zuhälter wahrheitsgemäß ausgesagt, so hätte sie sich selbst eine Anklage wegen Begünstigung zuziehen können.

Eine gleichlose elektrische Straßenbahn nach Wrocław. Die Gemeinde Brodau wegen Anlegung einer gleichlosen elektrischen Straßenbahn von der End-Haltestelle der Gräbchener Straßenbahn in Rothkretscham nach der Villenkolonie Brodau in Unterhandlung. Die Bahn, die gleich den Automobilen an keine Gleise gebunden ist, erhält die Betriebskraft durch eine elektrische Oberleitung, die so eingerichtet ist, daß die Stromzuführung zu keiner Zeit unterbrochen, auch wenn ein Ausweichen auf der Chaussee vor entgegenkommendem Fuhrwerk notwendig ist.

Von der elektrischen Straßenbahn Breslau wird berichtet, daß die Generalversammlung am Montag beschlossen hat, eine Dividende von 6 1/2 Prozent an die Aktionäre zu verteilen. Zur Frage der Verstaatlichung teilte die Verwaltung auf Anfragen aus Aktionärkreisen mit, daß die Verhandlungen auf beiden Seiten zögernd geführt worden seien. Von beiden Seiten seien Kommissionen zur Abschätzung des Unternehmens gewählt worden, die ihre Arbeiten noch nicht beendet hätten. Wenn in der städtischen Verwaltung Stimmen laut geworden seien, daß die Straßenbahnwagen klapperig seien, so sei das durchaus nicht zureichend, zumal, wie aus dem Geschäftsbericht ersichtlich wäre, schon bedeutende Beträge für Instandsetzung der Wagen aufgewendet worden seien und noch aufgewendet werden sollten. — Die schon lange beachtete Linie vom Neumarkt über die Messergasse nach dem Ring ist wegen der engen Straßen von der Polizei nicht erlaubt worden.

In der Straffache gegen den Redakteur Gustav Wolff in Breslau, geboren am 30. April 1872 in Nirdorf, Kreis Lettow, freireligiös, verheiratet, wegen Beleidigung, begangen durch die Presse, hat die 1. Strafkammer des Königlich-Preussischen Landgerichts in Breslau in der Sitzung vom 9. März 1911 für Recht erkannt: Der Angeklagte Gustav Wolff ist der Beleidigung, begangen durch die Presse, schuldig und er wird dafür zu einer Geldstrafe von fünfzig (50) Mark verurteilt, an deren Stelle für den Fall, daß sie nicht beigetrieben werden kann, für je fünf (5) Mark ein Tag Gefängnis tritt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Alle Exemplare der Nummer 275 der „Volksmacht“ vom 21. November 1910, soweit sie den mit „Die demokratische Vereinigung“ hielt am Dienstag usw.“ beginnenden Artikel enthalten, sowie die insoweit zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind mit der sich aus § 41 Absatz 2 des Reichsstrafgesetzbuches ergebenden Einschränkung unbrauchbar zu machen.

Dem Polizeipräsidenten in Breslau wird die Befugnis zugesprochen, die Beurteilung des Angeklagten binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils durch einmalige Einrichtung des verjüngten Teiles desselben auf Kosten des Angeklagten in der „Schlesischen Zeitung“ und in der „Volksmacht“, und zwar in letzterer, wenn möglich, in demselben Teile und in derselben Schrift, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist, öffentlich bekannt zu machen.

Die Herrschaft der Frau. Die Stadt Summewell in Ranzau dürfte wohl die erste Stadt der Welt sein, die sich einer ausschließlich aus Frauen bestehenden Kommunalverwaltung rühmen kann. Die erste Sitzung der neuorganisierten Stadtratsversammlung gab der präsidierenden Bürgermeisterin Ellen Wilson Gelegenheit zu einer fulminanten Rede gegen die Herren des bisherigen Stadtrats, der angeführt des Wiktoriaens-Palastes des Wahlausfalls in corpore vom Tunde zu kündigen ist. „Unter dem Einfluss der Korruption nur allzu unzulässigen Männerregiment“, weiterte nach den Berichten der amerikanischen Zeitungen die streubare Bürgermeisterin von Summewell, ist das Leben hier geradezu unenträglich geworden. Es war die höchste Zeit, daß sich die Frauen von Ranzau zum Schutze der öffentlichen Moral zusammenschlossen.“ Mit sich steigender Heftigkeit eiferte die fittlich entzüchte Dame dann gegen die die Stadt verpestenden Epischöden, zeigte den verderblichen Einfluss, den sie auf die heranwachsenden jungen Leute ausübten und gelobte, all diese Straftäter des Epischödens durch Überlegung einer Erdrückungssteuer zu vernichten. Und ein nicht minder energischer Krieg wurde gleichzeitig dem Verfalls alkoholischer Getränke angehängt. Die Frau Bürgermeisterin machte der Bevölkerung weitläufig bekannt, daß sie ihre Bekleidungs- und Nachbarn Rosa Osborne zur Leitung der städtischen Polizei beauftragt habe, die den Beweis erbringen würde, daß der Krebs-schaden der Korruption und Exzessiven, der unter dem Einfluß der Herren Stadträte so üppig gewachsen, vor dem weiblichen Entschlossenheit bald ausgerottet sein werde. Frau Osborne hat in der Tat bereits in den ersten vierundzwanzig Stunden ihrer Amtsführung die Polizeigewalt so nachdrücklich geübt, daß den Epischöden und Bekehrten der Schreck in die Glieder gefahren ist. Eine nächste Regia, die sie unter Aufsicht der gesamten Polizeigewalt der Stadt in den das Licht der Öffentlichkeit hervorzuheben entschlossen veranlaßte, hat zu zahlreichen Verhaftungen geführt, und die Polizei der Kaffee- und Epischöden zweifeln keinen Augenblick, daß die energische Polizeipräsidentin ihre Verhaftungen, Zügel und Epischöden aus Summewell zu verbannen, zu fruchtbarer Arbeit machen wird.

Die Geschichte eines Jubiläumsgeschehens. Das Jahr 1870 ist ein Jubiläum eines Preussischen Reiches, für welches die Geschichte der Preussischen Geschichte ist. Ein Herr von Ranzau, Claus und Hermann, beide jüngere Brüder des hiesigen hiesigen Herrschers, sind in die Welt gekommen. Sie sind in die Welt gekommen, sie sind in die Welt gekommen, sie sind in die Welt gekommen. Sie sind in die Welt gekommen, sie sind in die Welt gekommen, sie sind in die Welt gekommen.

„auch, daß ich bald mein Jubiläum feiern?“ Und Jwan Jwanowitsch läßt mit der nötigen Reue von Sins zu Ranz, und des Jubiläum wird gepfeift gefeiert. So war es auch diesmal. Jwan liebte die Unterthanen ihren Ehre nicht, im Gegenteil, sie liebte ihn wie die Pest, aber sie veranlaßten doch eine Sammlung für ein Jubiläumsgeschehen und bekamen auch richtig mit allerlei Reden und Zusammenkünften, wie: „Aber bekümmern Sie doch, wenn Sie sich anschließen, was wird es denn kosten?“ befreundeten Jwan Jwanowitsch zusammen. Das war ja nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig, um seiner Umgebung ein neues Gesicht zu machen. „Aber, was sollte man schonen?“ Das kurze Jahr hätte nur, daß Erzellenz so nebenbei gekümpert hätte, das für das Jubiläum bestimmte bare Geld wäre ihm lieber als das Gesicht selbst. Ein paar Tage darauf, lang vor dem Jubiläum, kam dann der vermittelnde Herrschler und sagte, Erzellenz habe geäußert, daß er von dem zu erwartenden Geschehen ein festes hundert Rubel hätte, da er momentan ganz abgelenkt sei. Die Unterthanen handelte über den ungewöhnlichen Fall nach, beschlossen, die hundert Rubel herzugeben, wenn Erzellenz sich bereit erkläre, den Empfang des Geldes schriftlich zu bestätigen. Ein paar Tage später wiederholte sich diese Geschichte: man gab wieder hundert Rubel gegen Unterthanen des Jubiläum. Endlich kam der große Tag des Jubiläumsgeschehens, Gratulationen, Geschenke, Reden, Trinken, Trinken, Trinken, ... und die Unterthanen überreichten einen Erlaubnis, in dem ein Zettel lag: auf diesem Zettel stand geschrieben: „Aufgabe der von Herr Erzellenz vor dem Jubiläum angesprochenen Wünsche haben wir die Ehre, als Jubiläumsgeschehen 120 Rubel in barer Gasse und zwei von der Hand Herr Erzellenz unterzeichnete Einträge über je 100 Rubel zu überreichen. Wir wünschen Herr Erzellenz ein langes Leben!“

Ganz der Papa. Einmal in der Welt gab den Versuchung der Kat zeigt, wie fast bis zum Ende die durch Anweisung höchsten Lebensgefahrheiten von Herrn nach bei der folgenden Generation, wenn diese auch in völlig anderer Umgebung lebt, sich konstant machen, ergibt ein gelegentliches Wiederholen des „Sinas“ wie folgt: Der was über Jahresfrist gewogen ein alter, in New York geborener Hund in meinen Hof, der sein jüngerer Herr mit nach Deutschland gebracht hatte und nun nicht wieder mit seiner züchten wollte. Das alte Tier war inzwischen zum greisen, und ich war froh, daß es in einer Stadt wie New York nicht mehr durch Lieberherren umgesehen sein. Der Hund geordnete sich nach an mich, nicht aber unangenehme Eigenheiten. Ein Haus zum

Umherstreifen ist so groß, daß er beständig zum Spaziergang macht und dann erst ausgelassen fröhlich wird, wenn ich den Hof zum Ausgehen in die Hand nehme. Den ganzen Tag über zeigt er keine Freude, nimmt kaum Lederriemen an und hat nur nach Wasser häufiges Bedürfnis. Erst wenn der Abend hereinbricht, zeigt er Hunger, ist voller Freude, wenn es endlich zum Abendbrot geht, und frist dann begierig, aber lieber in einzelnen Broden aus der Hand als aus irgend einem Gefäß. Dann fordert er dringend zu einem Spaziergang in das nächste freie Gelände auf und hält sich für seine Verfassung durch rastlos im Umhertreiben im Garten und Hof schablos. Ich fragte nun kritisch den früheren Eigentümer, woher diese auffällige Eigenart des Hundes komme, und erhielt die Auskunft, der Hund habe sie von früherer Jugend an gezeigt und allezeit behauptet. Seine Mutter sei eine feine, verzärtelte, französische Fubelhündin, die trotz Einperrung von einem Herrenhofe, in der Gegend des New Yorker Centralparks allgemein bekannter schottischer Geshund belausen worden sei. Dieser herrliche Hund habe sich tagsüber meistens in den Gebüsch um den großen See im Park aufgehalten, wo er sehr häufig seinen Durst gestillt habe. Seine einzigen menschlichen Freunde seien die Nachpöhlkisten im Centralpark gewesen. Sobald diese mit hereinbrechender Nacht ihren Dienst entließen, habe der Hund sich zu ihnen gestellt und sie auf ihren Patrouillengängen begleitet, ihnen auch manch guten Dienst im Kampf gegen Notwendigkeit geleistet. Am meisten habe er aber die Gasse der Pöhlkisten dadurch gewonnen, daß er treue Wache bei ihnen hielt, wenn sie sich ausruhend auf eine Bank im Park gesetzt hätten. Dabei riskierten sie nämlich, ihre Stelle zu verlieren, wenn sie der Pöhlkisten auf der nächsten Runde eingeschloffen fand. Labor habe der Hund sie aber mit unerschütterlicher Geduld begleitet: er konnte die Vorgeschichten genau, bemerkte sie trotz der Dunkelheit schon von weitem, wachte den eingeschloffenen Pöhlkisten und zeigte überhaup die Annäherung der Rande unerschütterlich an und dabei lautlos an. Natürlich belohnten die Pöhlkisten so gute Dienste dadurch, daß jeder dem Hund etwas zum Streuen mitbrachte, und das bildete seine einzige Nahrung. Ob gleich nun der junge Hund in einem geordneten Haushalt erzogen wurde und jederzeit, wenn er Verlangen gekümpert hätte auch Futter bekommen haben würde, zeigte er von Jugend an am Tage nur Verlangen nach Wasser; erst Abends, bei heranziehender Nacht, begehrte sich seine Lebhaftigkeit, erst dann zeigte sich wirkliche Freude! Das ist auch jetzt noch so, seitdem hohen Alter von 15 1/2 Jahren so glücklich.“

Mittwoch: Frauenabend des Sozialdem. Vereins in neun Lokalen.

Neueste Nachrichten.

Landtagswahl in Berlin.

Berlin, 25. April. Bei der Erstkandidaturwahl der Wahlmänner im 4. Berliner Landtagswahlkreise haben die Sozialdemokraten im ganzen 22 neue Wahlmänner genommen, so daß jetzt im ganzen 212 sozialdemokratische Wahlmänner 277 fortchristlichen gegenüberstehen. Die Abgeordnetenwahl findet am 28. Mai statt.

Unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Gütersheim, 25. April. Hier sind etwa 30 Personen nach dem Genusse von rohem gebacktem Fleisch ernstlich erkrankt. Bei einigen von ihnen besteht Lebensgefahr.

Karl Schönherr klagt.

Wien, 25. April. Karl Schönherr, der Dichter von „Glaube und Heimat“, hat die Absicht, gegen die Romanschriftstellerin Baronin Panbel-Mazzanti und gegen Vater Expositus Schmidt die Verleumdungsklage zu erheben, falls diese nicht durch umfassende Ehrenerklärungen ihre gesamten Blagatsbeschuldigungen zurücknehmen.

Frankreichs Tätigkeit in Marokko.

Paris, 25. April. Kriegsminister Berthelet hat gestern in der Versammlung der Generalräte der Seine und Oise im Verlaufe Frankreichs Tätigkeit in Marokko dahin definiert: Frankreich hat keine Eroberungsgelüste in Marokko, aber es werde auch keine Intentionen gegen seine Angehörigen dulden. Die französischen Untertanen müssen unbedingt ihres Lebens sicher sein. Die französische Regierung werde ihre Mission unbeeinträchtigt um die Meinung des Auslandes mit großer Entschlossenheit und Festigkeit erfüllen.

Ein adliger Hansbold durch Steckbrief gesucht.

Faberborn, 25. April. Gegen den flüchtigen Rittergutsbesitzer Max von Brenden hat die hiesige Staatsanwaltschaft einen Steckbrief erlassen. Freiherr Max von Brenden hatte im November 1909 nach durchzechter Nacht mit dem Freiherrn von Romberg in Osanabrück gemeinschaftlich einen Diener mißhandelt und war deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dieser Strafe suchte er sich durch die Flucht zu entziehen.

Mexiko und England.

London, 25. April. Der Cypharographen-Telegraphen-Company wird aus New York gemeldet. Nach einem Telegramm aus Mexiko sandte die mexikanische Regierung eine Verleumdung an die britische Regierung über die Landung britischer Matrosen seitens des Kapitäns Viviani bei St. Quintin. Die Note ist in starken Ausdrücken gehalten und hebt hervor, daß Kapitän Viviani den Zweck der Truppenlandung vollständig verschweige und sich trotz der ausdrücklichen Aufforderung weder über den Zweck, noch über die Ausführung derselben ausgesprochen habe.

Düsseldorf, 25. April. Die neuen Aufstiege der „Deutschland“ sollen heute wieder aufgenommen werden. Der auf dem Transport von Friedrichshafen beschädigte Propeller ist in Düsseldorf ausgebessert worden. Die Montierungsarbeiten wurden gestern beendet. Der Graf Zeppelin selbst ist nach Düsseldorf unterwegs, um den ersten neuen Aufstieg persönlich zu leiten.

Eisfeld, 25. April. Die Frau eines Arbeiters in Sonnenhonn überhäufte sich mit Petroleum und zündete sich dann selbst an, nachdem sie ihre Kinder zu Beforgungen selbst fortgeschickt hatte. Der zweiseitige Hausbewohner sandte die Unglückliche über und über in Flammen vor und löschte eilig die Flammen. Die sehr schwer verbrannte Frau starb kurze Zeit nach ihrer Eintlieferung im Krankenhaus an ihren schrecklichen Brandwunden.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	25. 4.		24. 4.		23. 4.		22. 4.		21. 4.		20. 4.	
	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
Regelsdorf	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	
Breisach	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	
St. Gallen	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	
Wittenberg	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22	

Verrechnungen der Reichlich Markt-Rotterungs-Kommission.
Breslau, den 24. April.

Ware	gut		müßig		gering	
	h. 100	h. 100	h. 100	h. 100	h. 100	h. 100
Weizen, weißer	19 50	18 50	17 50	17 50	17 50	16 50
Weizen, gelber	19 40	18 50	17 50	17 50	17 50	16 50
Gerste	14 80	14 30	14 20	13 50	13 20	12 30
Haber	15	14 30	14 20	13 50	13 40	13
Hafer	16 50	16 10	16 50	16 50	16 50	14 40
Schwartz-Weizen	23	23	21	20	19	18
Erbsen	19 80	19	17 80	16 80	16	15 80

Veranstaltungen und Vereine.

Gewerkschaftsbund. Dienstag, den 25. April: Vorstandssitzung im großen Saal. Abends 8 Uhr.
Stenografen-Verband. Freitag, den 28. April: Vorstandssitzung im Zimmer 1. Abends 7 1/2 Uhr. Versammlung im Zimmer 2.
Mittwoch, den 26. April:
Fabrikarbeiter-Verband. Versammlung im Saal.
Arbeiter-Radsportler. Versammlung im Zimmer 1.
Pandlungsgesellen. Versammlung im Zimmer 3.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Achtung, Jagdabend Referenten und Distriktsführer!
 Wegen einer Missverständnisse über die Jagdabende des Sozialdemokratischen Vereins wird Donnerstags, den 27. April, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine Verständigung abgehalten, zu der sämtliche Jagdabend-Referenten und Distriktsführer eingeladen sind. Der Vorstand.
Sitzungs-Ort (Distriktsführer).
 Die Abrechnung der Distriktsführer findet Donnerstag, den 27. April, bei Burgell, Kleischaufstraße 16, statt.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).
Neumarkt.
 Land-Bezirk 12. Bezirk Gauditz, Retzer, Klein-Neumarkt, Neumarkt. Mittwoch, den 26. April, Abends 8 Uhr, bei Nieder-Mittelsiedler-Veranstaltung. 1. Bericht vom Sozialdemokratischen Parteitag. 2. Das Urteil im Chamisso-Prozess. Die Beschlüsse der Distriktsvereine werden im baldigen Bericht veröffentlicht.

Jean Gilbert, „Gri Gri“ von Lino, „Napoleon und die Frauen“ von Reinhardt, „Der gelbe Prinz“ von Dinesborg, „Die Sultansbraut“ von Carl Weiß, „Noblesse oblige“ von Manfred, „Morgen wieder lüsst“ von Heinz Levin, „Die Jungfrauen von Mülbeck“, „Rummelstübchen“ von Wohl und Wilten usw. Unter den vorpflichteten Künstlern befinden sich Fritz Massary vom Metropol-Theater in Berlin, Phila Wolff vom Neuen Operetten-Theater in Berlin, Josef Giampietro vom Metropol-Theater in Berlin, Paul Stampa von Berlin und Max Marx vom Kleinen Theater in Berlin. Eröffnet wird die Saison mit Weins dreiaktiger Operette „Morgen wieder lüsst“, in welcher die Hauptrollen von Phila Wolff, Grete Liebreich, Danni Loges, Hedwig Gramer und den Herren Paul Stampa, Fritz Langendorf, Alexander Marich und Hermann Fischer dargestellt werden. Herr Direktor Wandelt hat eine gänzlich neue Ausstattung anfertigen lassen.

Teutscher Holzarbeiter-Verband. Donnerstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht über das erste Vierteljahr 1911. Ausschluss von Mitgliedern. Stellungnahme zur Maifeier. Aufstellung eines Kandidaten zum Gewerkschaftskongress. Neuwahl von Verwaltungsmitgliedern. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Lokalverwaltung.

Achtung, Böhmer! Donnerstag, den 27. April, Abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung: 1. Bericht von der Gaugonferenz. 2. Abrechnung vom 1. 3. Bericht des Ortsvereins.

Achtung, Transportarbeiter! Donnerstag, den 27. April, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in dem Union-Haus, Neudeckstraße 51, Hof 1. Etg. (Nepoldshof). Vollzähliges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Bau-Anschläge. Sonntag, den 30. April, Vormittags 10 Uhr im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses Branche-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Vergütung von Aufschlagarbeiten von Seiten unserer Kommune. 2. Stellungnahme zur Maifeier. 3. Wahl von sechs Bezirksführern.

Ein neues Automaten-Restaurant. Der Kaufmann Peter verleiht vom Stadtschreiber die Erlaubnis zum Betriebe eines Automaten-Restaurants auf der Schwednitzerstraße 51, Ecke Junkerstraße. Der Polizeivertreter widerspricht dem Antrage, weil schon in nächster Nähe, etwa 70 Schritt entfernt, ein Automat ist. Das Kollegium erkannte jedoch das Bedürfnis an und erteilte die Erlaubnis.

Noch eine neue Kirche. Im Süden der Stadt wird für die Katholiken eine neue Kirche gebaut, die den Namen Carolinische führen soll. Sonntag Nachmittag, war die feierliche Grundsteinlegung in der Gablitzstraße, wo die Kirche ihren Platz gefunden hat.

Ein aufsehender Straßenbahnunfall ereignete sich am Donnerstag auf der Feldstraße Ecke Konowstraße. Als hier ein Straßenbahnzug die scharfe Biegung durchfuhr, bemerkte der Motorwagenführer, daß ein zweijähriges Mädchen unmittelbar vor dem Motorwagen den Straßenbahn überquerte. Trotzdem er sich mit aller Macht bemühte, den Zug zum Stehen zu bringen, rief doch der Vorderteil des Wagens das Kind an und es geriet unter den Vorderwagen. Vor Entsetzen sprangen die Fahrgäste auf; gleichzeitig wurde das Mädchen von den Schuttbrettern zur Seite geschleudert und kam mit einigen Quetschungen und Hautabschürfungen davon, so daß es aufstehen und nach der elterlichen Wohnung geführt werden konnte.

Durch eine Kutsche angefahren wurde am Sonnabend ein 3/4 Jahre altes Mädchen auf der Straßenkreuzung der Ender- und Rosenstraße; das Kind wurde von einem Rade erfasst und eine Strecke geschleift; es erlitt Verletzungen im Gesicht.

Karussellunfall. Am 23. d. M. löste sich bei einem in einem Garten in der Promnitzstraße aufgestellten Karussell durch Bruch eines Holzteiles ein Stück des Bodens, auf dem eine Gondel (Schiff) stand. Diese wurde dadurch abgehoben und kippte um. Drei darin befindliche Kinder wurden von ihr überdeckt, wobei zwei Kinder Verletzungen erlitten.

Brandstiftung. Der Stellenbesitzer Paul Ahmann in Minkau, Kreis Neumarkt, hatte in der Nacht zum 13. Februar seine Scheune angezündet, um den Versicherungsbetrag zu erlangen, den er zur Bezahlung von Schulden verwenden wollte. Das Schwurgericht in Breslau vor dem sich der alte Mann heute zur verantworten hatte, sah die Sache sehr milde an und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Unfall eines Schulfrauen. Der 13jährige Sohn eines Hausweibers von der Understenstraße stürzte am Sonntag beim Radfahren und brach sich den Arm. Feuerwehrmannschaften legten ihm einen Notverband an, dann wurde er zur elterlichen Wohnung geschafft.

1000 Mark gestohlen. Am Sonnabend ist in der Zeit von 3 bis 4 Uhr Nachmittags ein Dieb mittels Nachschlüssels in die an den Geschäftslokale (stehende Wohnung eines Kaufmanns) auf der Sternstraße eingedrungen und hat eine schwarze Leder-tasche mit 1000 Mk. entwendet, 770 Mk. in Gold, der Rest in Silbergeld.

Bohlen-diebstahl. Am 19. d. M. wurden von dem Neubau Kaiser Wilhelmstraße 131 133 fünf lieferne Bohlen von je 5 Meter und eine von 6 Meter Länge gestohlen.

Taschendiebstahl. Am 19. d. Mts. wurde einem Dienstmädchen aus Liegnitz auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Geldschein aus der Tasche gestohlen.

Gefunden wurden ein goldener Damerring, drei Portemonnaies mit Inhalt, ein Sammetgürtel, zwei Handtäschchen, ein Fahrrad, eine Brille mit Futteral, zwei Brotchen, fünf weiße Kinderdäschchen, eine Hundehalskette, ein Herrenschirm, zwei Pferde-zeden und ein Damenschirm.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Amliche Beeinflussung von Lehrern.

Amliche Beeinflussungen von Lehrern werden der „Posener Zeitung“ aus Schlesien gemeldet. Beeinflussungen, die sich zugunsten bestimmter Religionen bewegen. Das Blatt schreibt: „Es ist wieder derselbe Oberregierungsrat von Neese in Liegnitz, mit dem wir uns kürzlich wegen seiner einseitigen Stellungnahme für den „Neuen Preussischen Lehrerverein“ schon einmal beschäftigt haben. Herr von Neese benutzte, so wird uns von zuverlässiger Seite geschrieben, eine amliche Konferenz in Sagan, um die Lehrer vor der Lehre der „Preussischen Lehrerverein“ und der „Schlesischen Schulzeitung“ zu warnen. Diese Blätter bezeichnete er als „Revolverblätter“. Selbstverständlich wurde den Lehrern mit Disziplinarverfahren drohend, wenn sie etwas davon mitteilen würden.“ Der freimütige „Posener Anzeiger“ bemerkt zu dieser Mitteilung: „Wir sind ja vieles gewohnt und die „Posener Zeitung“ ist ein sehr gut bedientes und vorsichtiges Blatt, aber solche Äußerungen eines Regierungsbeamten möchten wir doch zunächst für unmöglich halten. Es erscheint im Interesse des Staates aber angebracht, daß eine amliche Äußerung darüber erfolgt.“

Achtung, Grassinnen, Maifeier! Die Genossinnen, die bereit sind, am 1. Mai den Kleinverkauf unserer Maibabzeichen zu übernehmen, werden freundlichst ersucht, ihre Adressen dem Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, II, mitzuteilen. Es wird nur ein offizielles Maibabzeichen durch die Partei vertrieben; und die Frauen und Mädchen, die Neigung haben, Vormittags und Nachmittags diesen Vertrieb in kleineren Posten zu übernehmen, erhalten die Abzeichen von der Parteileitung ausgehändig. Wir hoffen, daß sich zu diesem Liebedienst besonders die Verkaufserinnen des Konsumvereins und Turnerinnen zur Verfügung stellen werden. Die Maikommission.

Metallarbeiter-Verband. In der Generalversammlung am Montag gab Kollege Schneider einen Bericht über den Rechnungsabschluss des ersten Vierteljahres 1911. Mit dem Bestand der letzten Abrechnung betragen die Einnahmen der Hauptkasse 49.502,65 Mark. Nach allen Ausgaben verbleibt für das zweite Quartal ein Bestand von 4322,12 Mark. Für Gewerkschaftsummerstützung bei Krankheit wurden 16.871 Mark ausgegeben, an Arbeitsloie 15.364 Mk. Die Lokalkasse hatte mit dem Bestande von 4. Quartal 1910 mit 57.720 Mk. eine Gesamteinnahme von 75.026 Mk. Nach allen Ausgaben beläuft sich der Bestand für das 2. Quartal auf 66.523 Mk. Hierzu kommt der Grundstücksfonds mit 31.054 Mk. Das Vermögen der Verwaltungsstelle Breslau beträgt also 97.577 Mk. Dem Kassierer und Bestände wurde Entlastung erteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum bevorstehenden Gewerkschaftskongress in Dresden. Es wurden zwei Delegierte, die Verrechnungen schlagen zur Wahl die Kollegen Schmidt und Schneider vor, womit die Wahlversammlung einberufen war. Philipp forderte die Kollegen um sich an der Wahl teilzunehmen.

Bund für Mutterchutz. In den mancherlei Heimen, die Breslau besitzt, gelebt sich nun ein neues und eigenartiges: ein Heim für heimatische Mütter vor und nach der Geburt. Die schlesische Gruppe des Bundes für Mutterchutz hat in der Jahnstraße Nr. 30 drei helle Räume zur Aufnahme von sechs Müttern und Kindern hergerichtet, zu deren Beaufsichtigung der Bund vor einigen Tagen eine Anzahl Wästel geliehen hat. Die einfache, aber sehr freundliche Einrichtung fand ungeteilten Beifall. Am 7. Mai soll die Uebergabe an den Verein „Mutterheim“ stattfinden, der dann die fernere Sorge für die Anstalt übernimmt.

Besitz zur Bekämpfung des Fremdenverkehrs G. V. Breslau. In einer kürzlich stattgefundenen Vorstandssitzung des Vereins zur Bekämpfung des Fremdenverkehrs in Breslau G. V. wurde der engere Vorstand neu gewählt und zwar zum Vorsitzenden Kunstbändler Arthur Lichtenberg, stellvertretenden Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Arthur Platau, Schriftführer Rechtsanwalt Dr. Ernst Becke, stellvertretenden Schriftführer Stadivordneter R. W. Wolf, Schatzmeister Konsul Dr. Eduard v. Eichhorn.

Bereinsung der Leuchtmitteleinnehmer. Die Ausführungsbestimmungen zum Leuchtmitteleinnehmer werden gegenwärtig einer Nachprüfung unterzogen, um den Wünschen der Industrie in weitgehendem Maße Rechnung tragen zu können. Vor allen Dingen soll die Verwendung von Steuerzeichen (Wandertafeln) beseitigt werden. Die Steuerkontrolle soll erfolgen auf Grund einer besonderen Buchführung. Die Interessenten halten diese Abänderung für notwendig, damit die Ausführung in das Ausland vereinfacht wird. Ferner wird vorgeschlagen, die im § 4 des Gesetzes dem Hersteller zugestanden. Baujahrvergütung für veraltete, unbrauchbar gewordene Fabrikate auch auf die Großhändler von Beleuchtungsmittelem auszuweihen. Außerdem sollen für den Verkauf unvertiger Beleuchtungsmittelem von Fabrik zu Fabrik, Erleichterungen zugestanden werden.

Kinder im Kineamatographentheater. Der Breslauer Polizeipräsident hat am 25. Januar 1911 eine Verordnung erlassen, wonach in den Kineamatographentheatern nur solche Bilder vorgeführt werden dürfen, die von der Polizeibehörde vorher genehmigt worden sind. Bei Veröffentlichung dieser, vom Regierungspräsidenten erlassenen Bestimmungen, fügte der Polizeipräsident am Schluß noch eine besondere Betanunterweisung hinzu. Diese besagt, daß Kinder unter 16 Jahren, die nicht von Erwachsenen begleitet sind, nur dann zu den Vorstellungen zugelassen werden dürfen, wenn sie als Kinder- oder Schülervertretungen ausdrücklich genehmigt sind. Wegen Verletzung dieser anhängigen Betanunterweisung hatte der Kineamatographen-Besitzer Friedrich Jeltich von hier einen polizeilichen Strafbescheid über 15 Mark erhalten. Auf seinen Einspruch hin beschästigte sich nun das Breslauer Schöffengericht am Sonnabend mit der Sache. Der Verteidiger des Angeklagten bestritt die Rechtsgiltigkeit der Betanunterweisung des Polizeipräsidenten. Er führte aus, daß nur der Regierungspräsident unter Zustimmung des Bezirksausschusses solche Bestimmungen zu erlassen befugt sei. Und sei es unentschieden, meinte der Rechtsanwalt, ob der Polizeipräsident überhaupt das Recht habe, eine Verordnung des Regierungspräsidenten so auszuführen, wie dies im vorliegenden Falle geschehen sei. Der Staatsanwalt hielt die Betanunterweisung des Polizeipräsidenten für rechtsgiltig und beantragte die in dem Strafbescheid gegen Jeltich festgesetzte Strafe. Dagegen hielt es das Gericht mindestens für traglich, ob das vom Polizeipräsidenten angeordnete Kinderbesuchsverbot gesetzlich und rechtsgiltig sei. Der Kineamatographenbesitzer wurde deshalb freigesprochen. Wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung bemerkte, wird wohl jetzt der Regierungspräsident das in Frage kommende Verbot erlassen, so daß also der Polizeipräsident sein Ziel doch erreichen wird.

Wagner-Opus im Stadt-Theater. In der Zeit vom 29. April bis 15. Mai 1911 findet im Stadt-Theater eine opulente Aufführung von Werken Richard Wagners statt und zwar gelangt: Sonnabend, den 29. April: „Der fliegende Holländer“, mit dem königlichen Kammeränger Friedrich Bläsche in der Titelpartie, Montag, den 1. Mai: „Lohengrin“, Mittwoch, den 3. Mai: „Siegfried“, Freitag, den 5. Mai: „Tristan und Isolde“, mit der königlichen sächsischen Hofopernsängerin Frau Anna Schabbel-Roder als Isolde, Sonntag, den 7. Mai: „Die Meistersinger von Nürnberg“, mit Friedrich Bläsche als Hans Sachs, Dienstag, den 9. Mai: „Das Rheingold“, mit Friedrich Bläsche als Wotan, Donnerstag, den 11. Mai: „Die Walküre“, mit Friedrich Bläsche als Wotan, Sonnabend, den 13. Mai: „Siegfried“, mit Friedrich Bläsche als Wanderer und Montag, den 15. Mai: „Götterdämmerung“ zur Aufführung. — Billets sind zu den neuen Vorstellungen des Opus zum Kassenpreise ohne Vorbestellgebühr, für einzelne Vorstellungen mit Vorbestellgebühr erhältlich. Die Ausgabe der Billets für den vollständigen Opus findet Dienstag, den 25. April, und Mittwoch, den 26. April, von 8 bis 5 Uhr, an der Kasse des Stadt-Theaters statt und wird an den folgenden Tagen in den üblichen Kassenstunden fortgesetzt. Von Donnerstag, den 27. April an, werden Billets zu den einzelnen Vorstellungen, mit Vorbestellgebühr, abgegeben.

Opern-Theater (Städtisches Stadtkommando). Die Eröffnung der diesjährigen Saison findet am Montag, den 1. Mai, unter der Leitung des Herrn Direktor Eger statt. Zur Aufführung werden Operetten gelangen u. a. „Die moderne Eva“ von

Adressenverzeichnis

Er erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Im Reklam der Einkäufer empfohlen

Abzahlungsgegeschäfte

Abdell u. Waren-Handlungsgeschäfte gegen bar und auf Teilzahlung

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco = Grand-Craie = Brauerei, Solingen

Bäckereien und Konditorien

Berger, Friedr., Bismarckstr. 58

Färbererei u. Wäscherei

Kelling, W., Bismarckstr. 58

Fische u. Delikatessen

Aberle, W., Bismarckstr. 159

Fleischereien u. Wurstwaren

Barthel, Gustav, Hammerstr. 18

Badeanstalten

Augusta-Victoria-Bad, Bismarckstr. 84

Bandagisten

Fritz, W., Bismarckstr. 36

Berufskleidung

Julius Knebel, v. d. G., Bismarckstr. 23-27

Bier-Brauereien, Bier-Vereine

Brauerei Rappach, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Brot- u. Backwaren

Brot, Bismarckstr. 22

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Er erscheint 3mal wöchentlich

Internationale Kriminalistische Vereinigung.

Hg. Berlin, den 22. April 1911.
Dritter Tag.

Die heutige Sitzung ist der Erörterung der Behandlung der jugendlichen im Vordergrund gewidmet. Zum Anfang an die von ihm vorgelegten Thesen führt der Referent, Professor Freudenthal-Frankfurt a. M., aus: Es wäre am besten, die Strafrechtsbestimmungen gegen Jugendliche zu einem Jugendstrafgesetzbuch zusammenzufassen. Der Vorentwurf führt sonderbarer Weise den Strafausschließungs- und Milderungsgrund der Jugend bei Notwehr und Notstand an, er legt die Strafmündigkeit auf 14 Jahre hinaus und betrachtet die Zeit vom 17. bis zum 18. Lebensjahr als relative Strafmündigkeit. Es ist unnötig, Todesstrafe und lebenslängliches Gefängnis vor 21 Jahren ausdrücklich auszuschließen. Wir können den Gerichten das Vertrauen schenken, daß sie gegen Angeklagte in dieser Altersstufe weder auf Todesstrafe noch auf lebenslängliches Gefängnis erkennen werden. Was der Vorentwurf über die Strafmündigkeit sagt, findet also unseren vollen Beifall. Wie freuen uns, daß es künftig vierzehnjährige Verbrecher nicht mehr geben wird. Dagegen bezweifle ich, daß nach dem Vorentwurf nicht mehr wie bisher auf Grund des § 51 gegen Jugendliche wegen Mangels der Erkenntnis der Thatbestände auf Freisprechung erkannt werden kann. Der Vorentwurf sieht das jugendliche Alter nicht mehr als ein absichtliches „minderes“ der Zurechnungsfähigkeit an. Ein bezweifle, daß die mangelnde Zurechnungsfähigkeit im jugendlichen Alter ein

Strafausschließungsgrund

sein soll. Der Jugendliche muß freigesprochen werden können, sowohl weil ihm die Verstandeskräfte fehlt, als auch weil er seinem schwachen Willen erliegen ist. Schwankungen in der richterlichen Auffassung werden sich dabei nie ganz vermeiden lassen. Wir danken dem Vorentwurf, daß er auf Erziehungsmaßnahmen statt und neben der Freiheitsstrafe erkennen will. Gegen diesen Erfolg der Freiheitsstrafe durch Erziehungsmaßnahmen hat man schweres Geschick aufgefunden. Man spricht von einer vollständigen Vermischung von Strafe und Erziehung. Ich glaube, daß es keine Macht der Erde gelingen wird, bei den Jugendlichen den Unterschied zwischen Strafe und Erziehung praktisch wirklich zu ziehen. Man hat den Erfolg der Strafe durch Erziehungsmaßnahmen auch als eine Modifikation unserer empfindlichen Zeit angesehen. Auch das ist nicht richtig. Der Vorentwurf ist von Humanitätsdenken gänzlich frei. Erziehungsmaßnahmen sind im schlechten Sinn des Wortes durchaus nicht human. Sie können so energig sein, daß die Beteiligten die Strafe sogar vorziehen. Es kommt ganz auf die Art der Erziehung an. Der Vorentwurf erklärt Arbeitshaus, Ehrverlust und Aufenthaltseinschränkung bei Jugendlichen für unzulässig. Damit sind wir einverstanden. Ein neues Strafmittel für Jugendliche einzuführen, haben Vorentwurf und Gegenentwurf sich nicht entschlossen; vor allem fehlt in beiden Entwürfen die Prügelstrafe. (Wohler!) Das ist gelobt worden. Der Entwurf sagt, daß von ihrer Zulassung in der Kommission nicht einmal gesprochen werden ist. (Weißall.) Ich will der Debatte nicht vorgreifen, aber ich hoffe, daß wir es eben so machen. (Lebhafter Beifall.) Für die Jugendlichen sollten

Besondere Strafanstalten

geschaffen werden. Unter besonders strenger Strafe muß die Verabfolgung geistiger Getränke an Jugendliche gestellt werden. Es gibt niemanden, der unbedenklich ist. Das gilt besonders für Jugendliche. Wägen im künftigen Reichsstrafgesetzbuch die Jugendlichen zu ihrem Rechte kommen. (Lebhafter Beifall.) Oberlandesgerichtsrat Dr. K. Lohmann wendet sich gegen die Bestimmung des Vorentwurfs, daß der Staatsanwalt, wenn Jugendlichen die Einmütigkeit in die Strafbarkeit fehlt und wenn kein öffentliches Interesse vorliegt, die Verfolgung unterlassen kann. Es gibt Fälle, wo die Öffentlichkeit Strafe fordert. Denken Sie nur an die Ausschweifungen junger Studenten. Der deutsche Richterstand kann jeder Aufgabe voll gerecht werden, vor der er gestellt wird. Er hat das schwierige bürgerliche Geschick spielend bewiesen. Wenn geschrien wird, daß der deutsche Richter dem Strafvollzug ganz fremd gegenüber stehe, so ist zu bedenken, daß der Richter thematisch vom Strafvollzug ausgeschlossen ist und weder zur Begnadigung noch zur vorläufigen Entlassung etwas zu sagen hat. — Geheimrat Admiralitätsrat Dr. Löffel-Berlin: Nicht nur ein neues

Jugendstrafgesetz sollten wir verlangen, sondern ein großes, einheitliches deutsches Jugendgesetz. (Lebhafter Beifall.) Hierbei hätten außer Juristen auch Gelehrte, Lehrer, Ärzte und Hygieniker mitzusprechen. Durch alle anderen Fragen scheint heute die der Jugendpflege hindern, und zwar deshalb, weil die

Bürgerliche Gesellschaft eine Menge Sünden

gegen die Jugend begangen hat. Sehr erkennen wir die Sünden und nun schlägt uns das Gewissen. (Weißall.) — Amtsgerichtsrat Köhne-Berlin: Selbst Kinder sehen sehr wohl ein, daß Diebstahl unrecht ist. Aber der Richter kann unmöglich feststellen, ob das Kind auch die Bedeutung seiner Handlung für die Rechtsordnung und die Tragweite für sein Leben beurteilen kann. Die Jugendlichen, die sich vergehen, sind entweder krank oder haltlos. Diese Minderjährigen wissen, daß sie unrecht tun, aber dieses Wissen ist nur angelehnt und nicht im Gefühl betont. Das grauenhafte Wohnungs-elend und die Verelendungen der Straße verursachen, daß die unteren Klassen den größten Prozentsatz zu den jugendlichen Verbrechern stellen. Man hat meine Vorschläge zu radikal genannt, und häufig wird aber von den Jugendgerichten auch bei ernsteren Fällen auf Verweis erkannt. Es wäre sehr bedenklich, die Schuld- und Selbstverantwortung zu beseitigen. Vielfach wird Strafe kombiniert mit Erziehungsmaßnahmen angewendet werden müssen. Die Strafe soll vielleicht Aufenthaltseinschränkung, Wirtshausverbot und vor allem die sehr erziehlche Weisstrafe als Schadensminderung sein. Die bundesstaatlichen Fürstverordnungen haben durch ihre bürokratische Ausgestaltung neben vielem Guten auch viele Mängel gebracht. Beim Strafvollzug sollten die an der Jugendberührung beteiligten Kreise mit den Richtern zusammenarbeiten. So werden wir die Mitarbeit der ganzen Nation gewinnen. (Lebhafter Beifall.) — Geheimrat Köhne-Berlin: Bei verminderter Zurechnungsfähigkeit jugendlicher soll der Richter nach Prüfung der gesamten Persönlichkeit freisprechen. Auf den Prozeß soll stets Schutzaußsicht folgen; sie ist der Richter für die Jugendlichen. Meine falsche Humanität und Sentimentalität! Wir wollen nicht, daß Söhne begüterter Familien durch die vermindernde Zurechnungsfähigkeit der Strafe entzogen werden. (Lebhafter Beifall.) — Geheimrat v. Litz wendet sich gegen Amtsgerichtsrat Köhne. Zur Strafe steht nicht das Problem, ob Strafe oder Erziehung, sondern ob Verurteilung oder Freispruch. Die Vorschläge Köhnes bedeuten einen Rückschritt, den ich nicht mitmache. (Weißall.) — Amtsrichter Dr. Scherb-Bamberg fordert Hinaufhebung des Strafmündigkeitsalters auf 15 Jahre, damit nicht Volksschüler vor den Richter kommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Zum Vorsitzenden der deutschen Landesgruppe wurde Unterstaatssekretär Max Müller-München, zum Schriftführer Dr. Seimberger-Bonn wiedergewählt und Professor Dr. Freudenthal-Frankfurt zum Vorstand entsandt. Die nächste Generalversammlung soll in München tagen.

Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren im Jahre 1910.

Im vergangenem Jahre haben die Bäcker und Konditoren in ihrer gewerkschaftlichen Organisation einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Nach dem vorliegenden Jahrbuch für 1910 waren am Jahresabschluss in 116 Zahlstellen und 20 Orten mit Vertrauensmännern 29.093 Mitglieder inklusive 3061 weiblichen vorhanden, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 2743 bedeutet. Geordnet nach Branchen entfallen auf die Bäcker 16.658 gleich 72 Prozent, Konditoren 1126 gleich 6,2 Prozent, Hilfsarbeiter 1740 gleich 7,5 Prozent, Arbeiterinnen 3061 gleich 13,3 Prozent und 208 Lehrlinge. Die stärkste Zunahme weisen die Arbeiterinnen mit rund 1000 und die Bäcker mit 1273 Mitgliedern auf. Diese bedeutende Mitgliederzunahme konnte die Organisation trotz aller schmerzhaften Bestrebungen der Unternehmer erreichen, die alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gegen das Vorwärtsstreben des Verbandes zur Anwendung brachten. Den Einnahmen von 718.806 Mark inklusive 21.210 Mark Kassenbestand stehen 855.987 Mark Ausgaben gegenüber. Das Verbandsvermögen beträgt 32.819 Mark. Von den Ausgaben wurden für Unterstützung 187.173,95 Mark verwendet. Anderen Verbänden wurden für Streikunterstützung 11.593 Mark überwiesen. Außer dem Bericht des Vorstandes enthält das Jahrbuch Abhandlungen über die wirtschaftliche Lage im Gewerbe. Durch

die Preissteigerung der Rohprodukte war die Konjunktur für das Unternehmertum außerordentlich gehobend, für die Arbeitererschaft war sie dagegen wenig erfreulich. So war die Arbeitslosigkeit bei den Bäckern gegenüber anderen Branchen besonders hoch; für 251.040 Tage Arbeitslosigkeit mußte Unterstützung gezahlt werden. Weiter wird das Ergebnis der Betriebszählung im eingehender Weise besprochen, wobei besonders hervorzuheben ist, daß 11.850 Lehrlinge allein in den Bäckereien beschäftigt wurden.

Das Ergebnis einer im November vorigen Jahres aufgenommenen Statistik über die Löhne, das Größenverhältnis der Betriebe, den Kost- und Logiszwang, wie der Konjunkturschwankungen der Produktionskosten bildet eine wertvolle Bereicherung des Jahrbuches. Sehr niedrige Löhne weisen die Beschäftigten in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie auf. Dort beträgt das Durchschnittseinkommen eines erwachsenen Arbeiters 20,66 Mark, eines jugendlichen 21,16 Mark, einer erwachsenen Arbeiterin 19,82 Mark, und einer jugendlichen Arbeiterin 8,14 Mark. Die Verteilung des Kost- und Logiszwanges konnte weiter erreicht werden. Von wesentlicher Bedeutung ist das Anwachsen der Großbetriebe in den Bäckereien. Mit mehr als 10 beschäftigten Personen wurden 175 Betriebe mit 8792 Arbeitern im Verbandsgebiete gezählt. Dazu kommt noch, daß in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien allein für 61,8 Millionen Mark Brot und Backwaren produziert wurden. Soweit gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind, wurden auch deren unternehmerfreundliche Bestrebungen im Jahrbuch gewürdigt. Die Christlichen ebenso wie die Sozialen leisten den Unternehmern durch ihren Streikbrecherzucht die hervorragendsten Dienste. Das alles muß den der Organisation fernstehenden die Notwendigkeit einer starken Organisation betonen.

Gegen die Matreier. Der Verein „Deutscher Arbeiterverbände“ hat in einem Rundschreiben seine Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß dem am 2. Mai 1905 gefassten Beschluß das unentgeltliche Fernbleiben der Arbeiter aus den Betriebsstätten am 1. Mai zwecks Teilnahme an der Matreier als Bruch des Arbeitsverhältnisses aufzufassen ist und daß diese Arbeiter als Streikende zu betrachten sind. — Die „Erinnerung“ wird kaum geeignet sein, Arbeiter einzuschüchtern, die gewillt sind, den 1. Mai zu feiern.

Die Arbeiter-Stenographen. Am 16. April tagten im Kaiserliche Gewerkschaftsgebäude die Vertreter sämtlicher im deutschen Sprachgebiete bestehenden Arbeiter-Stenographen-Organisationen. Nach eingehender Aussprache wurde die Einziehung eines Ausschusses von 6 Mitgliedern beschlossen, der die Vorarbeiten zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiter-Stenographen-Organisation übernehmen wird. Vorsitzender des Ausschusses ist der Buchdrucker-Korrektor J. W. Diebler-Leipzig, Sternwartenstr. 73, I. 1.

Ausbehnung der Tarifarbeiteranzahl in Soßi. Die Textilindustriellen sollen beabsichtigen, das Ausgehende Industriegebiet in die Ausbehnung mit hinein zu ziehen, wenn die Arbeiter in Soßi nicht auf ihre Forderung verzichten und bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Insgesamt sind 4800 Arbeiter angestellt. Wenn die Ausbehnung weiter von den Industriellen durchgeführt wird, so wird sich die Zahl der Ausgehenden auf 15 000 erhöhen.

Bei der Konfektionsfirma Müller & Hellersdorf in Jilau stehen die Zuschneider, Näher und Schneider seit acht Tagen wegen Lohnreduzierungen im Ausstand. Die Firma sucht in auswärtigen bürgerlichen Kreisen Streikbrecher. Sie verzahlt Löhne, die weit über die zuerst an die Ausgehenden gezahlten hinausgehen, hält ihre Versprechungen nachher aber nicht. Vor Zugang wird gewarnt.

Ausbehnung auf der Schichau-Werft in Danzig. Die Schichau-Werft in Danzig hat am Sonntagabend eine Bekanntmachung erlassen, nach der die Betriebsstörung durch den Streik zu groß sei und alle jetzt noch beschäftigten Arbeiter entlassen werden, wenn sie den Anordnungen der Streikleitung Folge leisten. Darauf hielten die noch im Betriebe befindlichen Arbeiter am Sonntag eine Versammlung ab und ließen der Firma eine Entschließung überreichen, nach der sie wohl arbeiten wollen, aber unter keinen Umständen Streikarbeit verrichten. Darauf hat die Firma alle Arbeiter entlassen mit Ausnahme von etwa 50 Mann, die minderwertige Arbeitskräfte und zumeist invalid sind. Der Betrieb ruht also gänzlich. Der Betriebsleiter hat sich aber gleichzeitig bereit erklärt, nunmehr mit dem Arbeiterausschuß über die Forderungen zu verhandeln.

Konzert Frieda Hempel - Franz Nabal.

Das Konzert, das am Montag Abend im großen Saal des Konzerthauses stattfand, war nicht als „Elitelkonzert“ anzuhängen, hatte aber den Charakter eines solchen. Zwei Gesangsstile waren erschienen, die schon in einer Art von Vorrede den Saal betreten. Für den Augenblick hat es wohl etwas Ernüchterndes, Bühnenkünstler, die man in einem idealisierenden Rahmen zu sehen gewohnt ist, mit einem Notenblatt in der Hand betrachtet zu müssen; indessen schwinden diese Bedenken angesichts von Kunstleistungen, wie sie hier geboten wurden. Fräulein Hempel ist hier nicht mehr unbekannt: das Festkonzert der vorjährigen Festwoche ist noch in guter Erinnerung. Die Künstlerin behandelte ihre Stimme wie ein Virtuose, der einen minutiös gebauten Mechanismus vor sich hat: die erhabende Mundstellung und die gewünschten Töne werden heischbar, mit nie verlassener Sicherheit und — was noch mehr sagen will — Schönheit erzeugt. Man sieht es förmlich, wie sie entstehen und distret wieder verschwinden. Fräulein Hempel sang eine hier wohl noch kaum gehörte Präludierarie aus einer Oper von Dabib (mit obligater Färbung: Herr Lichner) und Lieder von Schubert, Weingartner und Taubert, letzteres mit einer entzückend leichten Fongebung. Das „Echo“ von Schubert fiel mir wenig; abgesehen davon, daß Fräulein Hempel in durchaus unfünftlicher Weise die abschließende Strophen fortließ, tat sie dem Liede durch willkürliche Verwendung unmotivierter Dynamik geradezu Gewalt an. Um so reizender sang sie die Zugabe von Weber. — Herr Nabal war für Dresden neu. Ein Bühnenkünstler vornehmlicher Art vom längst gefälltem Ruf, widmet er sich auch mit größtem Erfolg seit Jahren dem Konzertgeschäft. Seine Viedervertäge sind nicht nachlässig hingeworfene Einfälle des Augenblicks, von einem gewandten Notenschreiber abgelesen, sondern in Wort und Ton sorgfältig abgemessene künstlerische Gaben. Der heilige Lieder, wie „Aufträge“ von Schumann und „Verfliegene Liebe“ von Wolf mit solcher Trefflichkeit wiederzugeben vermag, ist nicht nur hochmusikalisch, sondern von künstlerischem Adel. Ein als Zugabe gesendetes bekanntes französisches Lied von Massenet reizte sich würdig den übrigen Darbietungen an. Sehr großes emittierte Können zeigte sich aber erst in den Duetten aus „Carmen“ (Akt I) und „Traviata“ (Akt I), in denen Fräulein Hempel gleichfalls ihre Kunstfertigkeit glänzend ließ. Das letztere entfaltete einen wahren Beifallssturm, so daß das Künstlerpaar noch das Duett aus dem ersten Akt der „Traviata“ gab. Besonders gefiel hier die unaufdringliche Art, mit der beide die gesangstechnischen Schwierigkeiten, gleich-

sam wie etwas Selbstverständliches, behandelten. — Herr Nabal war beiden Künstlerinnen ein verständnisvoller Beifaller: auch „Elite“! S. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein merkwürdiger Fall menschlicher Mißbildung. Ueber einen äußerst seltenen Fall menschlicher Mißbildung wird dem Genueser „Lavora“ aus Savona geschrieben. Die in dem Bericht gemachten Mitteilungen werden von dem Korrespondenten auf Grund einer speziellen Erhebung und Rücksprache mit dem Gemeindevater gegeben. In Ginevra hat der fünfjährige Sohn des Postboten nach längerer Krankheit aus dem Mastdarm eine Art Fötus ausgelesen, den der behandelnde Arzt zur Untersuchung an die medizinische Fakultät der Universität Turin gesandt hat. Der Knabe war seit der Geburt schwach und kränklich und litt nach Angabe der Ärzte an chronischem Magen- und Darmkatarrh. Vor einiger Zeit wurde in seinen Ausleerungen ein Fötus gefunden, von dem der Arzt annahm, daß ihn das Kind heruntergeschluckt hätte. Dieser Tage wurde nun der Fötus eilig zu dem Kleinen gerufen, der fürchterliche Schmerzen hatte und, nach Ansicht der Mutter, an einem Vorfall des Mastdarms litt. Die ärztliche Untersuchung ergab das Vorhandensein eines Fremdkörpers im Mastdarm, den der Arzt herauszog, und der einem magerierten Fötus ohne Arme und Beine gleich. Der Kopf hatte die Größe und Form eines mittleren Hühnerkies, und in dem Munde fanden sich drei Zähne und die Zahnfleisch eines Neugeborenen. Das Bruststück und Unterleib waren trotz ziemlich fortgeschrittener Verwesung deutlich zu erkennen; der Fötus — wenn man von einem solchen sprechen kann — war im ganzen 20 Zentimeter lang. Unschwer liegt einer der äußerst seltenen Fälle der Verdoppelung eines Keimblates während des fötalen Lebens vor, wobei aber offenbar der ausgestoßene Teil bis vor kurzem in lebendiger Verbindung mit dem Körper seines Trägers war, da sonst die Verwesungserscheinungen den Tod des Kindes herbeigeführt haben würden. Im anderen Falle wäre auch das Vorkommen der Zähne nicht erklärlich. Man darf auf den Befund der Turiner Universität gespannt sein.

Aus aller Welt.

Wie man Sterne bei Tage sieht. Aus der Tiefe eines alten Brunnens soll man angeblich bei helllichten Tage die Sterne deutlich wahrnehmen können. Es ist aber nicht jedermanns Sache, hierzu in einen alten Brunnen hinabzusteigen, und außerdem ist dies gar nicht nötig. Mit gefundenen Augen kann man

einige Sterne bei Tage trotz der Ueberstrahlung durch das Sonnenlicht deutlich erkennen, vorausgesetzt, daß man ihren Ort genau kennt. G. B. Curtis schreibt im Märzheft der „Popular Astronomy“ aus eigener Erfahrung, wie man dabei zu verfahren hat. Curtis hat bei Tage nicht nur die Venus, sondern auch den Jupiter, den Mars, den Sirius, die Kapella, die Vega und den Arcturus gesehen. Die hellstrahlende Venus erblickt man zuweilen ganz unvorbereitet, am Abendhimmel, wenn die Sonne noch über dem Horizont steht, aber durch ein Gebäude, Wald oder andere Hindernisse abgeblendet ist. Curtis hat die Venus sogar bei Tage mit bloßem Auge beobachtet können, als die Sonne noch zwei Stunden vom Untergang entfernt war. Besonders leicht glücken solche Experimente, wenn Venus oder Jupiter am Morgenhimmel zu sehen sind. So lange die Sonne noch nicht aufgegangen ist, sieht man sie natürlich sehr deutlich. Man hat nun nicht weiter zu tun, als sich ihre Stellung am Himmel von einem Standort aus gesehen durch irgendwelche Werkzeuge — Fächer von Säubern oder Zweigen in Bäumen — festzulegen, und sieht die Sterne dann noch, wenn die Sonne bereits aufgegangen ist. Ihr Licht verbleibt allmählich, aber man kann sie noch sehr lange nach Sonnenaufgang mit den Augen erkennen. Bei den Fixsternen ist das Auffinden etwas schwieriger, am leichtesten natürlich bei dem hellsten, beim Sirius, während bei der Kapella, der Vega und dem Arcturus schon ein wenig Glück dazu gehört. Bei diesen Fixsternen ist es Curtis gelungen, sie im Tageslicht bis fünf oder gar nach zehn Minuten nach Sonnenaufgang am Himmel zu verfolgen.

Die Geschworenengerech auf der Anklagebank. Ein kurioser Fall ist, wie man der „Frankf. Ztg.“ berichtet, dieser Tage in der Plenarsitzung der vereinigten Kasationsdepartements des vollziehenden Senats in Petersburg zur Verhandlung gelangt. Es handelte sich um die Frage, ob gegen eine Geschworenengerech ein Kriminalverfahren eingeleitet werden könne, falls sich diese bei Ausübung ihrer Pflichten einer offenserten Rechtsverletzung schuldig gemacht habe. Der Verhandlung, in der diese Frage behandelt wurde, legt folgender Sachverhalt zugrunde: Im Februar des Jahres 1908 stand eine Bauersfrau als Angeklagte vor dem Bezirksgericht in Kossow (Gouvernement Jaroslau). Sie ermordete ihren fünfjährigen Stiefsohn. Der Fall war nicht ungewöhnlich oder verwirrt. Ankläger und Verteidiger ergingen sich aber in so verwickelten Reden, daß es den Geschworenen, die zumeist einfache Bauern waren, ganz wirt im Kopfe wurde. Schließlich einigte man sich über das Verdikt. Es lautete: „Schuldig unter Annahme mildernder Umstände.“ Wie nun aber dieser übrigens nicht ungewöhnliche Urteilspruch ständegemäß? Aus den Staatsverhandlungen, in zu erkennen, daß bald nach Schluß der Gerichtsitzung der Geschworen-

